

# Der Reidemeister

## Beiträge zur Lüdenscheider Geschichte

Herausgegeben vom Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Nr. 223

März 2023

### Inhalt:

*Dietmar Simon*

Zwischen Krieg und Krise. Die Stadt  
Lüdenscheid im Jahre 1920.....2

1923 – zwischen Inflation und Putsch.  
Lüdenscheid im Krisenjahr der Weimarer  
Republik .....26



Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

### Zu dieser Ausgabe:

Hundert Jahre später... Darstellungen zu Themen der (Zeit-) Geschichte scheinen sich besonderer Popularität zu erfreuen, wenn sie sich mit bestimmten Jubiläumsdaten in Verbindung bringen lassen. Das ist keineswegs ein Fehler, sondern kann das Bewusstsein schärfen.

Auch der Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid stellt gelegentlich solche Verweise her. Das sollte bei einem Vortrag des Verfassers der Fall sein, der sich der Geschichte der Stadt im Jahre 1920 widmete. Die Corona-Pandemie brachte es jedoch mit sich, dass dieser Vortrag erst 2022 im „Geschichtlichen Forum“, der Reihe des Vereins, gehalten werden konnte. Auf ihm beruht der erste der beiden Beiträge, die in dieser Ausgabe zu lesen sind. Er versucht, ein breites Bild jenes frühen, nicht mehr allzu bekannten und doch wichtigen Jahres der Weimarer Republik in den Blick zu nehmen.

Der zweite Beitrag beruht ebenfalls auf bereits älteren Forschungen, erscheint hier aber erstmals. In diesem Fall wird der Fokus weitgehend auf die politischen Auseinandersetzungen eines etwas späteren Krisenjahres gelegt, von dem 2023 viele aus aktuellem Anlass ein Bild vor sich haben. Hier liegt mit der Veröffentlichung genau hundert Jahre zurück, was in der Stadt geschah.

*Die Schriftleitung*

# Zwischen Krieg und Krise

## Die Stadt Lüdenscheid im Jahre 1920

*Dietmar Simon*

### 1. Ein Jahr als Brennpunkt

Es gibt Wendezeiten der Geschichte. Manche davon sind tief verankert im kollektiven Gedächtnis, gerade jene, die man in der eigenen Lebenszeit selbst erfahren hat. Das Ende des Zweiten Weltkrieges war solch eine Zäsur, die Zeit um 1968 vielleicht, der Fall der Mauer und das damit verbundene Ende des Kalten Krieges. Im Dezember 2022 erklärte die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ den Begriff „Zeitenwende“ zum „Wort des Jahres“, wofür es mancherlei Gründe gibt.<sup>1</sup> Im Rückblick werden solche Zäsuren sehr oft in Verbindung mit einzelnen Jahreszahlen gebracht. Dann geht die Zeit ins Land, und mit einigem Abstand schaut der Mensch zurück, an kalendarischen Wegmarken, wo ein großes Ereignis 10, 50, 75 oder 100 Jahre vorbei ist und es sich anscheinend geziemt, sich ganz besonders an einen Einschnitt der Geschichte zu erinnern. Dass „Geschichtskultur jubiläumfixiert ist“<sup>2</sup>, ist hinlänglich bekannt und an Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Filmen und mehr erkennbar.

Als würde dies aber nicht reichen, gibt es seit etwa der Jahrtausendwende eine Verstärkung des Trends, in fast beliebigen Jahreszahlen etwas überaus Wichtiges fokussiert zu sehen. So werden im Lauf der Geschichte immer neue Jahrhundertereignisse ausgemacht, die mit bestimmten Daten verknüpft sind. Das ist häufig dem öffentlichen Interesse und dem Markt geschuldet, der nun Jahr für Jahr neue Jubiläen ausmacht und zur populären Erinnerungskultur beisteuert. Am Ende der 1990er Jahre ließ sich das beispielsweise an der 100-teiligen Dokumentationsreihe des ZDF verfolgen, die – das Millennium vor Augen – die Geschichte des 20. Jahrhunderts in neunminütigen Filmbeiträgen ausbreitete, die jeweils auf ein bestimmtes Jahr bezogen waren. Der Autor der Reihe, Guido Knopp, wurde von der akademischen Zunft dafür nicht selten kritisiert, weil er zum Beispiel komplexe Vorgänge vereinfacht habe.<sup>3</sup>

Dann aber waren es seitdem auch Buchpublikationen, bei denen es genau darum geht, ein einzelnes Jahr als etwas ganz Besonderes darzustellen, wofür es manchmal ein angebliches gesteigertes Publikumsinteresse gab, häufig aber auch einleuchtende Begründungen. Als dem geradezu entgegengesetzt konnten noch die kulturwissenschaftlich ausgerichteten Werke von Jean Starobinski über das Epochenjahr 1789 und Hans Ulrich Gumbrechts über das eher zufäl-

---

<sup>1</sup> <https://gfds.de/wort-des-jahres-2022/#> (abgerufen am 9.12.2022).

<sup>2</sup> Achim Landwehr: Magie der Null. Zum Jubiläumfetisch. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 70. Jg., 33/34 (2020). Jahrestage, Gedenktage, Jubiläen, S. 4–9, hier 5.

<sup>3</sup> Kritisch dazu beispielsweise Oliver Näpel: Historisches Lernen durch 'Dokumentation'? Ein geschichtsdidaktischer Aufriss. Chancen und Grenzen einer neuen Ästhetik populärer Geschichtsdokumentation, analysiert am Beispiel der Sendereihen Guido Knopps. In: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 2 (2003), S.213–244.

lig ausgewählte Jahr 1926 gelten.<sup>4</sup> Bei beiden geht es bei allen Unterschieden darum, die Gleichzeitigkeit des Verschiedenen zu zeigen, aber eben nicht einen unmittelbaren, kausalen Zusammenhang zur Gegenwart. Florian Illies' Buch „1913. Der Sommer des Jahrhunderts“, das lange auf den Bestsellerlisten stand,<sup>5</sup> setzte diese kaleidoskopartige Sichtweise fort, wohingegen Frank Bösch einige Zeit später im Jahr 1979 eine „Zeitenwende“ sah, in der „die Welt von heute begann“.<sup>6</sup> Wenige Monate später brachte der Literaturwissenschaftler Wolfgang Martynkewicz das Buch „1920. Am Nullpunkt des Sinns“ heraus,<sup>7</sup> und für das bedeutungsschwere Jahr 1923 veröffentlichten unter anderem Volker Ullrich und Peter Longerich Bücher mit passendem Titeln, kurz bevor sich dieses zum hundertsten Mal jährte.<sup>8</sup> Vergleichbare Werke, die in den letzten Jahren auf großes Publikumsinteresse auf dem Buchmarkt stießen, ließen sich zu verschiedenen Jahreszahlen ergänzen.

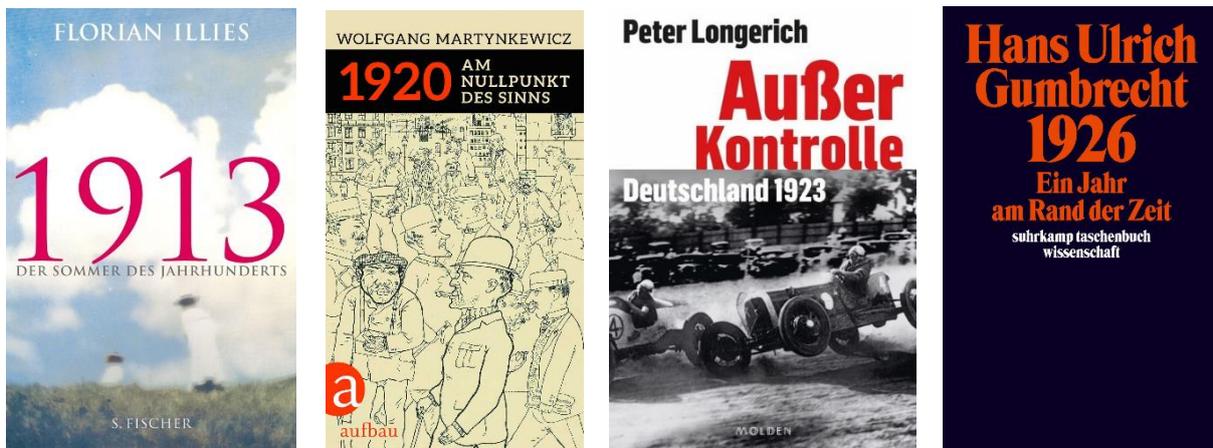


Abb. 1: Beispiele für historische Sachbücher, die sich einzelnen Jahren widmen.

Man sollte diese Vorgehensweise und Entwicklung aber nicht einfach als Modeerscheinung abtun, denn man kann diese horizontalen Sezierschnitte auch inhaltlich rechtfertigen. Die Betrachtung eines Jahres deckt die Varianz auf, die in diesem historischen Moment gegeben war, so wie auch die Gegenwart, aus der heraus wir den Blick zurück werfen, viele Facetten hat.

In der regional- und lokalgeschichtlichen Forschung kann es ebenfalls durchaus lohnend sein, einen synchronen Schnitt durch die Geschichte zu ziehen, vor allem an solchen Stellen, die Umbrüche markieren; denn diese fanden immer auch ‚vor Ort‘ statt. Dabei kann man solche Zeiten wählen, die sich auf der einen Seite ohnehin einer großen Aufmerksamkeit erfreuen, auf der anderen Seite aber auch geeignet sind, besondere stadtgeschichtliche Perspektiven *en miniature* zu entdecken. Das kann man ganz gut für die Anfangszeit der Weimarer Republik tun. Wenn es nämlich um das Verständnis des ersten demokratischen Staates auf deutschem Boden

<sup>4</sup> Jean Starobinski: 1789. Les emblèmes de la raison. Paris 1973 (dt.: 1789. Die Embleme der Vernunft. Paderborn 1981); Hans Ulrich Gumbrecht: In 1926. Living at the Edge of Time. Cambridge, Mass. / London 1997 (dt.: 1926. Ein Jahr am Rand der Zeit. Frankfurt a. M. 2001).

<sup>5</sup> Florian Illies: 1913. Der Sommer des Jahrhunderts. Frankfurt a.M. 2012.

<sup>6</sup> Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. München 2019.

<sup>7</sup> Wolfgang Martynkewicz: 1920. Am Nullpunkt des Sinns. Berlin 2019.

<sup>8</sup> Volker Ullrich: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022; Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022.

geht, hilft einem auch die lokale Perspektive. Die Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Diktatur des Nationalsozialismus geriet dabei eine Weile aus dem Blickfeld. Das hat sich inzwischen aber wieder deutlich geändert. „Dass der eben noch geläufige Befund einer vergessenen Weimarer Republik sich binnen kurzem in sein Gegenteil verkehrte“<sup>9</sup> – wie jüngst das Vorwort einer Sammlung von Aufsätzen konstatierte –, hatte mehrere Gründe, die von der Wahrnehmung einer Bedrohung der Demokratie bis zum Reiz des ausgelassenen kulturellen Aufbruchs reichten. Und so kann auch das Jahr 1920, das eigentlich nicht in den gängigen Vorstellungen auftaucht, weil es kein Eckdatum ist und keines der sehr großen Krisen, interessant genug sein, um einen genaueren Blick darauf zu werfen, als dies bislang geschehen ist.<sup>10</sup>



Abb. 2: Beispiele zur Popularisierung der 1920er Jahre: Ein Titelbild des „Spiegel“ zum Jahreswechsel 2019/20, das Cover eines Münchner Ausstellungskatalogs aus dem Jahre 2005 und ein Plakat zur Filmserie „Babylon Berlin“ (2017) nach den Kriminalromanen von Volker Kutscher.

## 2. 1918/19: Revolution in Lüdenscheid?

Am 9. November 1918 kam die Revolution nach Lüdenscheid.<sup>11</sup> Ein Arbeiter- und Soldatenrat bildete sich, man nahm mit Staunen, Erleichterung oder Erschrecken, jedenfalls unterschiedlich gefärbter Anteilnahme das Ende des deutschen Kaiserreiches wahr. Wenige Tage später strömten von der Front zurückkehrende Truppen durch die Stadt. Eines der ganz wenigen fotografischen Zeugnisse aus jenen Tagen zeigt Menschen am Straßenstern und Spruchbänder wie „Die dankbare Heimat grüsst euch“, im Hintergrund das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, welches eigentlich obsolet geworden war. Es stand dann trotzdem noch bis 1940 an dieser Stelle.

Tatsächlich ging der Übergang von der einen in die andere Staatsform in Lüdenscheid auffallend ruhig und unspektakulär vonstatten, ein Umstand, der auch, aber nicht zuletzt der etwas

<sup>9</sup> Hanno Hochmuth / Martin Sabrow / Tilmann Siebeneichner (Hrsg.): Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik. Göttingen 2020, S. 7.

<sup>10</sup> Das gilt auch im Hinblick auf Matthias Wagner: Geschichte Lüdensheids in der Zeit der Weltkriege, Demokratie und Diktatur 1914–1949. Hrsg. von Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid e.V. Bielefeld 2020.

<sup>11</sup> Ausführlicher dazu Dietmar Simon: Die Novemberrevolution in Lüdenscheid. Städtische Politik und Gesellschaft zwischen Kaiserreich und Republik, in: Der Märker 37 (1988), S. 159–167.

abgelegenen Lage dieser Stadt im märkischen Sauerland zuzuschreiben war. So bekam man hier von den teilweise gewaltsamen Unruhen jener Zeit nur aus der Zeitung etwas mit, und auch Streikbewegungen gab es nicht. Die Spuren des verloren gegangenen Krieges aber waren tief und betrafen alle. Die vielen Tausend Verwundeten, die es während des Krieges in den örtlichen Lazaretten zu versorgen gab, etwa den beiden Schützenhallen auf dem Loh, verschwanden. Es kehrten aber auch weit über tausend Männer nicht mehr von der Front zurück, weil sie dort umgekommen waren. Damit hatten diesen Krieg zwanzig Prozent aller Lüdenscheider, die zum Militärdienst einberufen worden waren, nicht überlebt.<sup>12</sup>

Die Lebensverhältnisse der übrigen und ihrer Angehörigen waren zunächst von dem gleichen alltäglichen Mangel geprägt, der auch den Krieg gekennzeichnet hatte, je länger er dauerte. Allmählich aber kehrte eine gewisse Stabilisierung zurück. War die örtliche Industrie bis 1918 noch fast vollständig auf die Bedürfnisse des Krieges und des Militärs ausgerichtet gewesen, so konnte man im Jahre 1919 bereits eine rasche Umstellung auf Friedensproduktion feststellen, weil es an Produkten des alltäglichen Bedarfs fehlte, auf die man lange hatte verzichten müssen.

Die Zeit der Weimarer Republik begann hauptsächlich mit den politischen Wahlen, in denen sich die Einstellung der Bevölkerung einigermaßen ablesen ließ. Im Januar 1919 konnten erstmals in Deutschland Männer und Frauen gemeinsam an einer Wahl teilnehmen, nämlich an derjenigen zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 90 Prozent entfiel genau die Hälfte der abgegebenen Stimmen in Lüdenscheid auf die SPD, die im Reich nun zunächst den politischen Ton angab. Neun weitere Prozent entfielen hier auf ihre Schwester an der linken Seite, die USPD, welche noch weiter gehende Veränderungen wollte als die Mehrheitssozialdemokraten. Ein Drittel aller Lüdenscheider Wählerstimmen entfiel auf die Liberalen unterschiedlicher Couleur, die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP), was im überregionalen Vergleich viel war. Eine geringere Rolle spielte die katholische Zentrumsparterie, was aber in einer mehrheitlich protestantisch geprägten Stadt nicht verwunderlich war. Es verdient erwähnt zu werden, dass mit Ewald Budde auch ein Lüdenscheider Abgeordneter in der Nationalversammlung wurde, ein Sozialdemokrat, der 1919 als Beigeordneter nach Hohenlimburg ging.



Abb. 3: Titelkopf der ersten Ausgabe der linksliberalen „Lüdenscheider Abendzeitung“ (5. April 1919). Sie wurde von dem Journalisten Artur Schweriner herausgegeben und existierte nur wenige Monate.

<sup>12</sup> Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Lüdenscheid für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1925, Lüdenscheid 1933 (im Folgenden: Verwaltungsbericht 1914–25), S. 6–11.

Auf kommunaler Ebene änderten sich die Mehrheitsverhältnisse ebenfalls, denn hier galt im Kaiserreich noch das ungerechte Dreiklassenwahlrecht, was nun abgeschafft war. Bei der Kommunalwahl im März 1919 errang die Einheitsliste der beiden sozialdemokratischen Parteien in Lüdenscheid die Mehrheit im Stadtverordnetenparlament. Es spricht aber für sich, dass sich nicht nur die SPD und die USPD miteinander vertrugen, sondern dass auch die Zusammenarbeit mit den Vertretern anderer Parteien weitgehend funktionierte. Die Stadt wurde jedenfalls nicht umgekrempelt. Stattdessen bemühte man sich darum, ähnlich wie in der Burgfriedenszeit des Krieges im Konsens die Dinge zu regeln, auch wenn selbstverständlich Bruchlinien zu erkennen waren.<sup>13</sup>

Lüdenscheid stand gewissermaßen im Windschatten der großen Politik. Etwas behäbig, sicher auch besorgt, doch auch recht selbstbewusst fand man sich in die neuen Verhältnisse hinein, als das Jahr 1920 begann.



Abb. 4: Zeitgenössische Ansichtskarte zum Jahreswechsel 1919/20.

### 3. Lüdenscheid 1920: Die Stadt, die Wirtschaft und die Menschen

Dass dieses Jahr noch nahe am Krieg lag, zeigte sich bereits in der Neujahrsnacht. Die örtliche Presse schrieb tags darauf: „Das feierliche Glockengeläute ging im Lärm auf der Straße und im Brausen des Sturmes fast unter. Dem verflommenen Jahre brauchen wir keine Träne nachweinen: umso mehr wollen wir von dem neuen erwarten.“<sup>14</sup> Mit Schüssen und Leuchtraketen wurde das

<sup>13</sup> Ausführlicher zur Entwicklung dieser Zeit Dietmar Simon: Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1995.

<sup>14</sup> Lüdenscheider Zeitung (im Folgenden: LZ) vom 2.1.1920.

Jahr 1920 willkommen heißen, mit Kalibern, die vermuten ließen, mancher habe sich noch einen Rest an Weltkriegsmunition aufgehoben. Und so war es ja auch: Erst im darauffolgenden Herbst wurde eindringlich und unter Androhung von Strafe zur Abgabe von Waffen aufgefordert, die mancher sich als „Andenken“ oder anderes aufbewahrt hatte. Für ein Gewehr erhielt man 100 Mark, für eine Pistole 50 Mark.<sup>15</sup> In Lüdenscheid kamen bis Oktober 1920 so über 400 Gewehre zusammen, 140 Pistolen, ein Maschinengewehr und acht Handgranaten sowie 20.000 Schuss Munition.<sup>16</sup> Gemessen an heute wirkt das fast unglaublich. In Deutschland wurde aber tatsächlich erst im Verlauf der folgenden Jahre das Waffenrecht reformiert, und dass jetzt so vieles abgegeben wurde, war Bestandteil des Versailler Vertrages, den das Land 1919 unterzeichnen musste, der aber erst im Januar 1920 in Kraft trat. So konnte man in der „Lüdenscheider Zeitung“ im Sommer danach lesen, dass der Erste Weltkrieg die amtliche Bezeichnung „Krieg 14/20“ erhalten habe,<sup>17</sup> ein Name, der sich allerdings nie durchgesetzt hat.

In den ersten Monaten des Jahres zog sich der Winter hin. Die Menschen litten an ihm und den Ausläufern der sogenannten „Spanischen Grippe“. In einem Brief schrieb der Kapellmeister Kurt Weill am 11. März aus Lüdenscheid: „Diese Woche ist bei uns – wie überall – ein äußerst mauer Betrieb, da uns die Grippe fortwährend an der Aufrechterhaltung unseres Spielplanes hindert. Hier sterben so viel Leute, daß der Friedhof sie nicht fassen kann und die Gräber übereinander geschichtet werden. Soll denn der Krieg noch immer kein Ende haben? Und ist das nicht schlimmer als der Krieg?“<sup>18</sup> In der offiziellen Statistik der Stadt wurde keine höhere Sterberate durch die Grippe verzeichnet, weil sie nicht meldepflichtig war. Ihre Spuren hat sie nur in den vielen Todesanzeigen jener Zeit hinterlassen, in denen auffällig viele junge Menschen auftauchen. Wer hier verzeichnet war, starb oft „nach kurzem, schweren Leiden“.<sup>19</sup>

Der lange Schatten des Krieges lag überall. Erst nach und nach kamen im Verlauf des Jahres 1920 viele ehemalige Soldaten aus der Gefangenschaft in die Heimat zurück. Ende August fand im Festsaal der Hohen Steinert eine Begrüßungsfeier für 180 Heimgekehrte aus dem Amt Lüdenscheid statt, vier Wochen später in der Schützenhalle auch eine entsprechende Feier für diejenigen aus der Stadt selber, von denen es etwa 500 gab.<sup>20</sup> Der letzte Kriegsgefangene sollte dann erst im Herbst 1921 aus dem französischen Avignon zurückkehren.<sup>21</sup>

Im Alltag waren die Kriegsfolgen allenthalben zu spüren. Lebensmittel waren bis zum Herbst 1920 bewirtschaftet und mussten gegen Bezugskarten erworben werden. Viele Mitglieder des Vereins der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen hatten finanziell und wirtschaftlich schwer zu kämpfen. Aber auch die mentale Verarbeitung des Krieges, seine Entstehung und die Niederlage spielten für die Menschen eine erhebliche Rolle, was sich in den politischen Diskussionen und Konflikten des Jahres 1920 deutlich zeigte. Das erkennt man zum Beispiel daran, dass im Treppenhaus des Realgymnasiums am Staberg, das erst später den Namen

---

<sup>15</sup> Lüdenscheider General-Anzeiger (im Folgenden: LGA) vom 27.9.1920.

<sup>16</sup> LZ vom 12.10.1920.

<sup>17</sup> LZ vom 3.8.1920.

<sup>18</sup> Lys Symonette / Elmar Juchem (Hrsg.); unter Mitarbeit von Jürgen Schebera: Kurt Weill. Briefe an die Familie (1914-1950), Stuttgart / Weimar 2000, S. 261 f.

<sup>19</sup> So etwa in Todesanzeigen im LGA vom 8.3.1920.

<sup>20</sup> LZ vom 1.9.1920 und LGA vom 20.9.1920.

<sup>21</sup> Verwaltungsbericht 1914–25, S. 6.

Zeppelin-Gymnasium erhielt, im Dezember eine Gedenktafel eingeweiht wurde, auf der man die Namen der gefallenen Lehrer und Schüler lesen kann und die heute immer noch dort zu sehen ist. Es handelte sich um das erste einer ganzen Reihe von Denkmälern in Lüdenscheid, die an die Toten des Weltkrieges erinnern sollten. Die Festrede zu dieser Veranstaltung hielt der Studienrat Prof. Dr. August Hotop, der in der lokalen Gesellschaft auch als Vorsitzender des Lüdenscheider Turn- und Sportvereins sowie als Vorsitzender des Wehrvereins einen Namen besaß.<sup>22</sup>

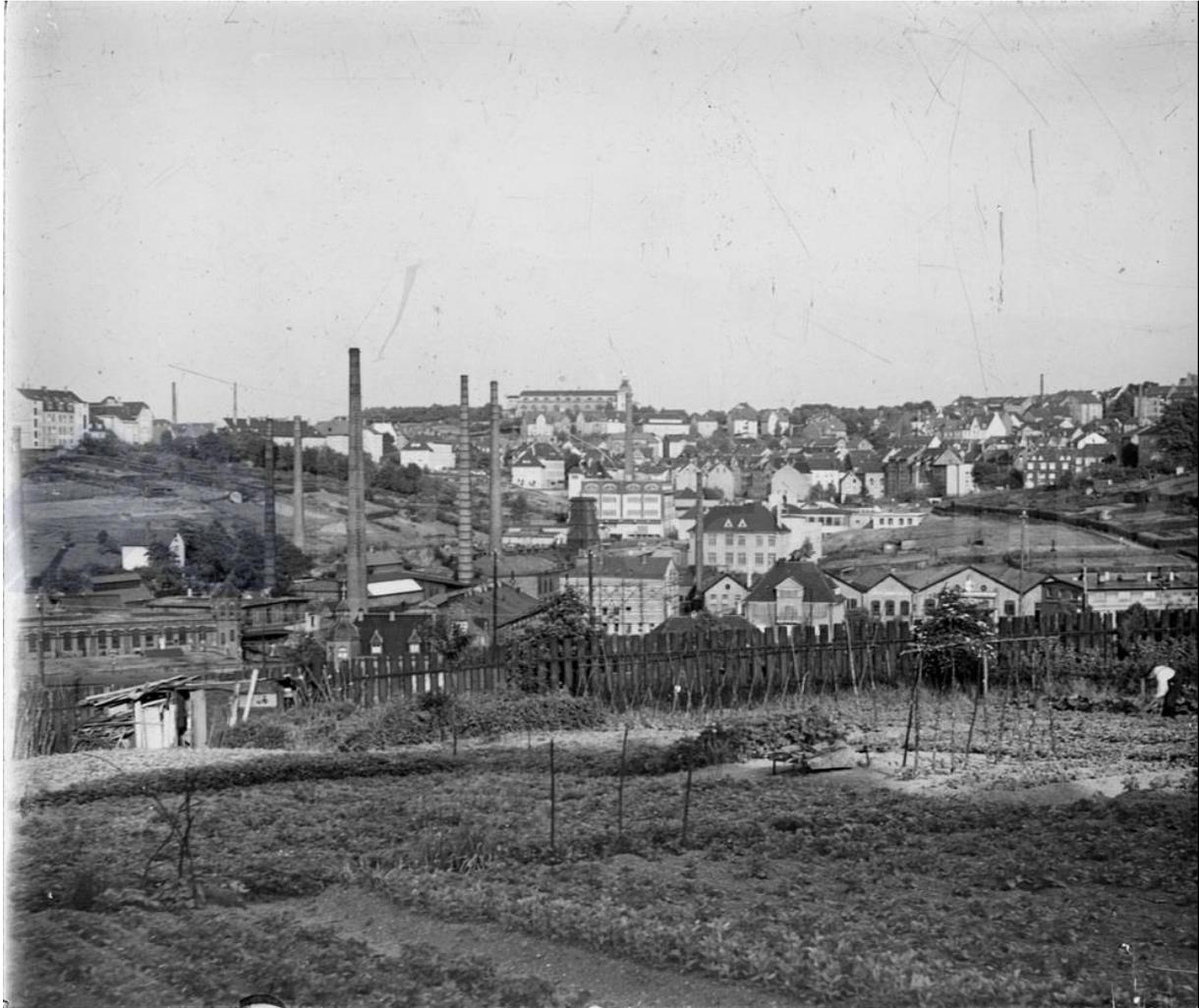


Abb. 5: Teilansicht von Lüdenscheid, um 1920, von der Mathildenstraße aus gesehen. Im Hintergrund die 1901 eingeweihte Schützenhalle, im Vordergrund Schrebergärten. Dazwischen zeigen Schornsteine die Industrie.

Die Bevölkerungszahl der Stadt war damals weit geringer als heute. Am Jahresende 1919 zählte Lüdenscheid 33.392 Einwohner. Zwölf Monate später waren es ungefähr 1.500 Menschen weniger.<sup>23</sup> Damit setzte sich ein Trend zur Verkleinerung fort, der zu Beginn des Krieges nach jahrzehntelangem, starkem Wachstum eingesetzt hatte. In seinem Verwaltungsbericht vom Mai 1920 stellte Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Jockusch fest, dass in der Stadt ungefähr zehn Prozent weniger Menschen lebten als 1914. Gleichwohl gab es über das ganze Jahr hinweg eine

<sup>22</sup> LZ vom 14.12.1920.

<sup>23</sup> Simon: Arbeiterbewegung, S. 249.

erhebliche Wohnungsnot, die von vielen als größte Alltags Sorge wahrgenommen wurde. Der Bürgermeister erklärte dazu sogar: „Nirgends ist die Erregung und Erbitterung, die das Volk durchzittert, so groß wie auf diesem Gebiete.“<sup>24</sup> Ständig wurden 400 bis 500 Wohnungssuchende verzeichnet, ohne dass mit schneller Abhilfe zu rechnen war. Immerhin konnten an der Ludwigstraße und an der Lohmühlenstraße ein paar neue Wohnhäuser errichtet werden, aus Holz, weil es an anderem Baumaterial mangelte.<sup>25</sup> Daneben wurde aber auch durch die Stadtverwaltung Wohnraum beschlagnahmt, der in großen Privathäusern leer stand. Im Verlauf des Jahres waren das immerhin 146 Unterkünfte.<sup>26</sup>

Im Verwaltungsbericht hieß es jedoch auch, dass die Zahl der Geburten stieg und mehr noch die der Eheschließungen, ein Umstand, der einerseits die Wohnungsnot forcierte, andererseits aber auch als ein Ausdruck des Neuanfangs gedeutet werden kann, den die nun anbrechende Friedenszeit mit sich brachte.



Abb. 6: Arbeiter der Gießerei und ein Angestellter im Walzwerk Schafsbrücke, das zu den Lüdenscheider Metall-Werken gehörte, einem der größten Unternehmen der Stadt (Aufnahme von 1920).

Einen beträchtlichen Wandel gab es währenddessen auch im wirtschaftlichen Bereich. Im Krieg hatte die lokale und regionale Industrie, die auf Kleineisenwaren spezialisiert war, praktisch ausschließlich für den militärischen Bedarf produziert. Nun war das ganz anders. Das Jahr 1919 war in dieser Hinsicht von erheblichen Veränderungen geprägt gewesen, und das setzte sich bis weit ins darauffolgende Jahr fort. Sowohl im produzierenden Gewerbe, wo man nun ausschließlich für den zivilen Bedarf arbeitete, wie auch im Dienstleistungssektor erlebte Lüdenscheid

<sup>24</sup> LZ vom 12.5.1920.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Stadtarchiv Lüdenscheid (im Folgenden: StadtA Lüd), A 1990, Bericht vom 25.2.1921.

rasche Verwirbelungen. Stadtbaurat Wilhelm Finkbeiner stellte im Januar 1920 fest: „Kein Schuppen, keine Bretterbude, kein Keller mehr, wo nicht eine Aluminiumfabrik oder eine Werkstätte sich aufgetan hat.“<sup>27</sup> Mit diesen Kleinstunternehmen ging es aber bald zu Ende, und manch ein Kellerfabrikant wurde wieder zum Lohnarbeiter. Man nannte das „Industriebereinigung“. Ladengeschäfte dagegen, vor allem für Zigarren und Lebensmittel, hielten sich noch lange in übergroßer Zahl, waren jedoch ökonomisch oft nicht tragbar.<sup>28</sup> Eine grassierende Arbeitslosigkeit gab es trotzdem nicht. Im Juni 1920 waren nur rund sechzig Menschen als erwerbslos gemeldet, von denen die Hälfte von der Stadt bei Notstandsarbeiten im Wohnungsbau eingesetzt wurden.<sup>29</sup> Erst im Verlauf der folgenden drei Jahre wuchs dieses Problem im Zusammenhang mit der zunehmenden Inflation.

Hierbei ist schließlich auch etwas über den Währungskreislauf jener Zeit zu sagen, der für das alltägliche Leben eine große Rolle spielte. Weil es während des Krieges einen notorischen Mangel an metallenen Kleingeld gab, gaben viele Städte sogenanntes Notgeld heraus. In Lüdenscheid existierte ein weit verbreitetes 10-Pfennig-Stück, auf dessen Rückseite der Stadtheilige ersetzt war durch eine Hand, die eine Handgranate über die Stadtmauer schwang. Schon im Herbst 1919 wurde das wieder durch den Heiligen Medardus ersetzt. Weil die Herstellung dieser Münzen aber zu teuer war, ging die Stadt 1920 vorübergehend sogar dazu über, kleine Pappscheiben als Zahlungsmittel zu verwenden, die aber nicht nur aus hygienischen Gründen alsbald wieder aus dem Verkehr gezogen wurden.<sup>30</sup>

An Geld mangelte es damals ohnehin vielen. Lüdenscheid galt amtlichen Statistiken zufolge im November 1920 als „die teuerste Stadt von Rheinland und Westfalen“.<sup>31</sup> Schon ein halbes Jahr zuvor beklagte man im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen: „Die Erfahrung zeigt, daß in Lüdenscheid mehr auf die Waren aufgeschlagen wird als in anderen Orten.“<sup>32</sup> Dieses Problem beschäftigte sowohl die Kommunalpolitik als auch die Stadtverwaltung permanent, ohne dass es offenbar gelang, es grundsätzlich zu lösen. Dabei hatte die Bevölkerung ohnehin schon mit immer wiederkehrenden Versorgungsproblemen zu kämpfen, etwa durch eine stockende Versorgung mit Kartoffeln oder durch einen gelegentlichen Mangel an Kohle. Zu Weihnachten 1920 führte dies sogar zu einem kurzzeitigen totalen Stromausfall in der Stadt, weil das Kraftwerk in Elverlingsen bei Werdohl vorübergehend keine Kohlen mehr erhielt.<sup>33</sup>

Trotzdem wird man sagen können, dass sich die wirtschaftliche Lage in Lüdenscheid im Verlauf des Jahres insgesamt verbesserte und sich die örtliche Industrie einmal mehr als krisenfest erwies. Viel gravierender waren die politischen Entwicklungen, die das Jahr 1920 mit sich brachte und die Mentalität der Bevölkerung in diesem ersten echten Jahr der Weimarer Republik nachhaltig prägte.

---

<sup>27</sup> LZ vom 15.1.1920.

<sup>28</sup> Verwaltungsbericht 1914–25, S. 17.

<sup>29</sup> LZ vom 3.6.1920.

<sup>30</sup> Verwaltungsbericht 1914–25, S. 16.

<sup>31</sup> Ebd., S. 17.

<sup>32</sup> LZ vom 15.5.1920.

<sup>33</sup> LZ vom 21.12.1920.

#### 4. Politische Wirren und Wechsel

Wo geht es hin? Das war die zentrale Frage, welche die Menschen umtrieb, die das Jahr 1920 reflektierten, sobald sie in der Lage waren, von ihren Alltagsorgen einmal aufzublicken. Wo geht es hin? Das berührte nicht nur den allgemeinen Übergang von der Kriegs- zur Friedenssituation oder den wirtschaftlichen Umbau und Wiederaufbau. Das betraf insbesondere Weltanschauungen angesichts des Zusammenbruchs einer alten Welt mit dem Ende des Krieges, eines Zusammenbruchs, dessen Staub- und Rauchwolken sich im Verlauf des Jahres 1919 allmählich gesenkt hatten. Dieses verbreitete Gefühl der Unsicherheit ließ sich selbst im Mikrokosmos einer sauerländischen Mittelstadt beobachten, deren Selbstwahrnehmung als isolierte „Bergstadt“ bis dahin in bestimmten Bereichen noch eine gewisse Berechtigung hatte, deren Entwicklung nun aber immer stärker einer Einbindung in überregionale Prozesse unterworfen war.



Abb. 7: Die Lüdenscheider Stadtverordneten nach einer Besichtigung des Stadtparks am 17. September 1920.

Im Bereich der Kommunalpolitik bemühte man sich dabei 1920 noch um Kontinuität, um Sachlichkeit und um Orientierung an den Erfordernissen der Daseinsverwaltung. Ein sprechendes Beispiel dafür ist, dass Wilhelm Jockusch, der seit 1896 im Amt war und während des Krieges von Kaiser Wilhelm II. den Titel des Oberbürgermeisters zugesprochen bekommen hatte, am 14. Mai 1920 mit allen geheim abgegebenen Stimmen der Lüdenscheider Stadtverordneten für weitere zwölf Jahre wiedergewählt wurde, obwohl die dortige Mehrheit politisch anders

ausgerichtet war als er.<sup>34</sup> Man traute dem erfahrenen und stets neutral agierenden Jockusch offensichtlich die Kompetenz zu, die Stadtverwaltung durch die Stürme der Zeit zu bringen, von denen die allermeisten hofften, sie mögen an der Stadt vorüberziehen.

Passend dazu strahlt auch das Gruppenfoto der Stadtverordneten, das im September 1920 im Lüdenscheider Stadtpark anlässlich einer dortigen Besichtigung aufgenommen wurde, Ordnung und Harmonie aus. Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Ferdinand Schmidt sitzt dort in der Mitte am kleinen Tisch ganz einträchtig neben seinem Vorgänger und Nachfolger Theodor Schulte von der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP).

Trotz dieser scheinbaren Einmütigkeit im Inneren bedrohte das Äußere die Stadt von Anfang an. Es begann schon damit, dass gleich nach dem Jahreswechsel Anfang Januar ein Eisenbahnerstreik dazu führte, dass Post und Bahnverkehr für Tage zum Erliegen kamen. Im Winterwetter vereisten überdies die Telegraphenleitungen, so dass die Stadt, wie es hieß, tagelang „von der Welt völlig abgeschnitten“ war.<sup>35</sup> Dies war bald überstanden. Dafür aber beschäftigte in den ersten Monaten des Jahres noch ein weiterer Konflikt die Verantwortlichen, ohne dass dies die Öffentlichkeit in allzu großem Maße erregte. Es ging dabei um die Frage nach der künftigen Rolle des Arbeiterrates, einer Hinterlassenschaft der Revolution, die auch nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung noch existierte. Vollends machte das Anfang Februar von der Nationalversammlung verabschiedete Betriebsrätegesetz die Arbeiterräte überflüssig. So wie anderswo auch existierte der Lüdenscheider Arbeiterrat aber noch ein paar Wochen weiter, eher als Ausdruck einer politischen Idee denn als relevantes Gremium. Sein Vorsitzender Friedrich Bojahr, der über dreißig Jahre zuvor einer der Mitbegründer des sozialdemokratischen Ortsvereins in der Stadt gewesen war, bat Jockusch vergeblich um weitere städtische Mittel, so dass Ende Februar 1920 das Ende des Arbeiterrates gekommen war, in dem sich zuletzt nur noch die Mitglieder der USPD engagiert hatten. Damit verschwand das letzte lokale Überbleibsel der Novemberrevolution von der Bildfläche.<sup>36</sup>

Es dauerte aber gerade einmal zwei Wochen, bis beunruhigende Nachrichten aus Berlin eintrafen, die das öffentliche Leben in Lüdenscheid erschütterten. Rechtsextreme Kräfte unternahmen mit Hilfe von Freikorpsoldaten einen Putschversuch und veranlassten die Reichsregierung, die Hauptstadt vorübergehend zu verlassen. Gegen diesen nach seinen führenden Köpfen benannten Kapp-Lüttwitz-Putsch wurde sogleich ein Generalstreik ausgerufen, der im ganzen Deutschen Reich befolgt wurde. Vor allem dies führte dazu, dass die antirepublikanischen Aufständischen schon nach wenigen Tagen aufgaben.<sup>37</sup>

In Lüdenscheid bildete sich schon wenige Stunden nach Beginn des Putsches ein „Aktionsausschuss“, der sich aus den Spitzenvertretern der örtlichen Mehrheitssozialdemokraten sowie der Unabhängigen zusammensetzte. Er koordinierte den Generalstreik, der bis zum 18. März

---

<sup>34</sup> LGA vom 15.5.1920. – Jockuschs Name stand auf 34 der 37 abgegebenen Stimmzettel, von denen zwei unbeschriftet waren und auf einem nur „Ja“ stand.

<sup>35</sup> LGA vom 9.1.1920.

<sup>36</sup> Simon: Arbeiterbewegung, S. 243 f.

<sup>37</sup> Zum Folgenden ausführlicher Simon: Arbeiterbewegung, S. 267–270. Zu den Vorgängen in der Region Rainer Pöppinghege: Republik im Bürgerkrieg. Kapp-Putsch und Gegenbewegung an Ruhr und Lippe 1919/20, Münster 2019.

andauerte und zum Stillstand sämtlicher Betriebe in der Stadt führte. Auch die örtliche bürgerliche Presse, der „Lüdenscheider General-Anzeiger“ und die „Lüdenscheider Zeitung“, erschienen in diesen Tagen nicht.



Abb. 8: Titelkopf der im Verlag von Karl Sasse herausgegebenen „Lüdenscheider Zeitung“ vom 13. März 1920, dem Tag, als in der Hauptstadt Berlin Putschisten versuchten, die gewählte Reichsregierung abzusetzen.

Im „General-Anzeiger“ las man gleich danach von Erleichterung und die Erklärung, von der „Don Quixotiade“ der Putschisten in Berlin halte man gar nichts. Aber auch von Empörung gegenüber der politischen Linken war zu lesen, wenn es dort hieß: „Es sind in Lüdenscheid Gesetzverletzungen und Gewalttätigkeiten vorgekommen, die eine Schande für die Stadt bedeuten.“<sup>38</sup> Was das genau meinte, lässt sich nicht mehr aufklären. Möglicherweise bezog es sich auch auf das, was sich am Abend des 17. März in Grüne bei Brügge ereignet hatte. Dort, in der Landgemeinde, hatte ein Kriegsinvalide Schüsse auf Mitglieder einer Sicherheitswehr abgegeben, die ihrerseits das Feuer erwiderten und den Mann tödlich trafen.<sup>39</sup> Oberbürgermeister Jockusch jedoch berichtete dem Arnberger Regierungspräsidenten zwei Tage später, dass in der Stadt selber „in der Zwischenzeit – abgesehen von einem einzelnen bedauerlichen Mißgriff – keine Ausschreitungen gegen Leben und Gesundheit vorgekommen“ seien und Ruhe und Ordnung herrsche.<sup>40</sup> Auch dieser „Mißgriff“ wurde nicht genauer charakterisiert.

Anderswo waren die gewaltsamen Auseinandersetzungen dieser Tage weitaus heftiger. Auch wenn der Kapp-Putsch in Berlin zusammengebrochen war, entwickelten sich daraus doch für mehrere Wochen bürgerkriegsähnliche Zustände im nahegelegenen Ruhrgebiet. Was zunächst als Abwehr gegen die Putschisten gedacht war, entwickelte sich zu einer Aufstandsbewegung linksgerichteter Arbeiter, welche die politischen Verhältnisse zu ändern versuchten. Die „Rote Ruhrarmee“ lieferte sich blutige Gefechte mit Einheiten der Reichswehr und Freikorps, die von der Regierung in Marsch gesetzt worden waren. Lüdenscheid war davon nur mittelbar betroffen.

<sup>38</sup> LGA vom 18.3.1920.

<sup>39</sup> LZ vom 19.3.1920.

<sup>40</sup> StadtA Lüd A 2069.

Der am 13. März gebildete Aktionsausschuss stellte auch die genannte Sicherheitswehr auf, die sich aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzte. Am 19. März rückten ungefähr siebzig Lüdenscheider Männer Richtung Remscheid aus, um sich dort an Kämpfen gegen ein Freikorps zu beteiligen. Drei Tage später machten sich etwa 35 Mann nach Hagen auf, um die dortigen Kräfte zu unterstützen, die sich gegen die Reichswehr stellten. Ob diese Männer tatsächlich in bewaffnete Kämpfe verwickelt wurden, ist eher zu bezweifeln.

Gleichwohl brachten die Kämpfe im Ruhrgebiet wegen ihrer Nähe die gesamte Bevölkerung der Stadt in Unruhe. Am 23. März titelte das eine Blatt „Droht uns ein Bürgerkrieg?“, das andere „Furchtbar ernste Stunden“.<sup>41</sup> Die Befürchtungen erwiesen sich jedoch als unberechtigt. Tags darauf kam es zu einem Waffenstillstand zwischen den verfeindeten Parteien, der auch die Wiedereinsetzung der offiziellen Behörden vorsah. Das „Bielefelder Abkommen“, in dem das festgelegt war, wurde von den Aktionsausschüssen der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid sogleich anerkannt. In Teilen des Ruhrgebiets kam es auch in den nächsten Tagen noch zu blutigen Zusammenstößen zwischen Reichswehr, Freikorps und Resten der „Roten Ruhrarmee“. In einzelnen Fällen waren darin auch Lüdenscheider Arbeiter involviert. Ein halbes Dutzend von ihnen war Anfang April in Hünxe bei Wesel untergebracht, und ein Mann aus dem vor der Stadt gelegenen Brügge ist in einem Verzeichnis der Toten jener Zeit als „gefallen“ verzeichnet.<sup>42</sup>

Der Aktionsausschuss hatte seinem eigenen Bekunden nach stets im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung agiert. Die Schockwellen des Kapp-Putsches und des anschließenden Ruhrkriegs waren an den Toren der Stadt vorbeigelaufen. Entsprechend hieß es im „General-Anzeiger“ am 6. April, als an der Ruhr vereinzelt noch geschossen wurde: „Das Osterfest ist in Lüdenscheid wie im tiefsten Frieden verlaufen. Nirgends eine Spur von Unruhe. Uns schützt unsere abgeschiedene Lage, das vielbeschriene Fehlen einer Hauptbahn, vor solchen Gästen,



Abb. 9: Die in Hagen gedruckte „Neue Freie Presse“ ersetzte für die SPD im Verbreitungsgebiet der Kreise Altena und Iserlohn seit Jahresanfang 1920 die bisher in Lüdenscheid erschienene „Volksstimme“. Zum Kapp-Putsch brachte das Blatt am 13. März 1920 dieses Extrablatt heraus.

<sup>41</sup> LGA und LZ vom 23.3.1920.

<sup>42</sup> Günter Gleising / Anke Pfromm: Kapp-Putsch und Märzrevolution 1920/3. Totenliste der Märzgefallenen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Bochum 2010, S. 26.

wie sie jetzt in unserer weiteren Nachbarschaft hausen.“<sup>43</sup> Hier war es also ausnahmsweise so, dass man froh war, keinen guten Eisenbahnanschluss zu haben.

Die Welt schien wieder in Ordnung. Tatsächlich aber hatten sich im Inneren die politischen Mentalitäten verschoben. Auf der linken Seite fühlten sich die Unabhängigen Sozialdemokraten unter ihrem Wortführer Paul Winter im Aufwind. Auf der rechten Seite sahen sich diejenigen bestätigt, die in der neuen Zeit nur Chaos und Niedergang sahen. Wie sehr das ausgeprägt war, zeigte sich im Lüdenscheider Ergebnis der Reichstagswahl am 6. Juni. Die USPD nämlich wurde dort mit einem Mal zur stärksten Partei in Lüdenscheid, während die gemäßigtere SPD einen deutlichen Verlust erlitt. Andererseits gab es einen deutlichen Rechtsruck: Für die Deutsche Demokratische Partei, die linksliberale DDP, stimmten nun deutlich weniger Menschen in Lüdenscheid als im Jahr zuvor, während die rechtsliberale DVP und die anti-republikanische Deutschnationale Volkspartei, die DNVP, deutlich zulegen. Wie man später an den Ergebnissen der preußischen Landtagswahl im Februar 1921 sehen sollte, schrumpfte in der Stadt Lüdenscheid der Zuspruch für die Parteien der „Weimarer Koalition“, die 1919 am Anfang des demokratischen Parlamentarismus der Republik standen, innerhalb von zwei Jahren von achtzig auf fünfzig Prozent.

#### Stimmenanteile der Parteien bei den Wahlen in Lüdenscheid 1919–1921 (in Prozent)

	KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP
19.1.1919 (National- versammlung)	-	9,0	49,7	6,8	21,8	12,7	-
6.6.1920 (Reichstag)	-	28,8	25,8	7,0	13,7	21,5	3,2
20.2.1921 (Landtag)	10,5	7,8	32,8	7,7	11,7	24,2	5,5

Wofür all diese Parteien jeweils standen, machten sie auf der Straße und in Kundgebungen deutlich. Die DVP, deren Ortsvorsitzender der Fabrikant Otto Hembeck war, offenbarte schon auf Veranstaltungen vor dem Kapp-Putsch, dass sie nicht besonders viel von dem neuen Staat hielt, mit dem Versailler Vertrag unzufrieden war und vor allem den Engländern die Schuld am Weltkrieg zuschob. Im Februar betonte ein Redner auf einer DVP-Versammlung, die im Saal der „Erholung“ am Sauerfeld stattfand, das Ziel müsse im „Wiederaufstieg“ des Deutschen Reiches und in der „Weckung des nationalen Gedankens“ liegen.<sup>44</sup> Den Putsch drei Wochen später verurteilte man dann jedoch trotzdem. Das Wahlergebnis im Juni zeigte aber, dass die antirepublikanische Haltung in Lüdenscheid die einer Minderheit war. Weil sie aber in den sogenannten bürgerlichen Kreisen großes Gewicht besaß, nahm man sie entsprechend deutlich wahr.

<sup>43</sup> LGA vom 6.4.1920.

<sup>44</sup> LZ vom 25.2.1920.

Die politische Krise des Frühjahrs trieb die bereits gärende Polarisierung in der Bevölkerung voran. Auf der linken Seite des politischen Spektrums demonstrierte man am 1. Mai noch Geschlossenheit. Der Maifeiertag der Arbeiterbewegung war damals noch nicht gesetzlich verankert. Dennoch ruhte die Arbeit in den öffentlichen Einrichtungen und in den meisten Betrieben der Stadt. In der Schützenhalle nahmen im Anschluss an einen Festzug mehrere tausend Menschen an einer Kundgebung teil, auf welcher Franz Iserloh, der Gründer der örtlichen SPD, die Festrede hielt.<sup>45</sup> Kaum aber lagen die Ergebnisse der Reichstagswahl auf dem Tisch, drifteten die Lager auseinander.

Die Mehrheitssozialdemokraten waren in Lüdenscheid dabei nun scheinbar gar mehr in der Mehrheit. So wirkte für manche es nach außen. Der Lüdenscheider Ortsverein der SPD verfügte Ende 1920 aber immer noch über weit mehr als 500 Mitglieder,<sup>46</sup> und seine Funktionäre gaben im Rathaus, den Gewerkschaften und in den Arbeitervereinen den Ton an.



Abb. 10: Annonce der Lüdenscheider Ortsgruppe des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“, einer Vorläuferorganisation der NSDAP, vom 4. September 1920, als der ursprünglich für Juli geplante Vortrag des antisemitischen Redners Klein-Rhoden nachgeholt wurde.

Auf der Seite der äußersten Rechten tat sich zu gleicher Zeit auch etwas. Der seit 1919 bestehende Ortsverein des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ wagte sich aus der Deckung und lud zu einer Vortragsveranstaltung mit einem bekannten auswärtigen Redner ein. Ihre Zeitungsannonce enthielt das Hakenkreuz, das während des Kapp-Putsches auch auf den Stahlhelmen mancher Freikorpsoldaten zu sehen gewesen war.<sup>47</sup>

Es ist kein Zufall, dass der jüdische Journalist Artur Schweriner zu gleicher Zeit der Stadt den Rücken kehrte. Er hatte seit 1912 hier gelebt und war als Herausgeber des „Lüdenscheider Tageblattes“ sowie während des Krieges der beliebten „Lüdenscheider Zeitbilder“ hervorgetreten. Seit 1919, als er die „Lüdenscheider Abendzeitung“ herausgab, war er antisemitischen Angriffen ausgesetzt, hauptsächlich von sehr jungen Leuten, die er als „völkische Pennäler“ bezeichnete. Mutmaßlich handelte es sich also nicht zuletzt um Schüler des Realprogymnasiums, unter ihnen der damals 17jährige Eberhard Assmann, der später in der NSDAP eine wichtige Rolle spielte. Schweriner gründete zur Abwehr des Antisemitismus schon im Februar 1920 die südwestfälische Bezirksgruppe des „Centralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV), deren erster Vorsitzender er wurde. Vor allem aber war es sein geschäftlicher

<sup>45</sup> Volksstimme für Westfalen und Lippe vom 8.5.1920. – Bei diesem Blatt handelte es sich um die in Hagen erscheinende Zeitung der USPD. Sie ist für das zweite Halbjahr 1920 nicht überliefert. Die regionale Zeitung der SPD, die früher selbst „Volksstimme“ geheißen hatte, trug in dieser Zeit den Namen „Neue Freie Presse“. Sie ist für das erste Halbjahr 1920 nicht erhalten geblieben.

<sup>46</sup> Simon: Arbeiterbewegung, S. 256.

<sup>47</sup> LZ vom 10.7.1920.

Ruin, der ihn im Juli von Lüdenscheid nach Berlin zurückkehren ließ.<sup>48</sup> Im August brachte er eine schmale Broschüre mit dem Titel „Lüdenscheider ABC“ heraus, in welcher er seine Zeit in der Bergstadt Revue passieren ließ und dabei mit einigen abrechnete.<sup>49</sup>

Die Lüdenscheider USPD veranstaltete Ende August 1920 einen großen Umzug, an dem Presseberichten zufolge auffällig viele gut gekleidete junge Leute teilnahmen. Sie führten Schilder mit sich, auf denen sie Sympathieerklärungen mit „Sowjetrussland“ zeigten, wo der damalige Bürgerkrieg noch nicht beendet war.<sup>50</sup>

Die „Deutschvölkischen“ wandten sich dagegen eine Woche später in ihrer Agitation gegen „Bolschewisten und Juden“ und konnten ihren Vortragsabend erst mit zweimonatiger Verzögerung im Saal des Hotels „Zur Post“ durchführen.<sup>51</sup> Wenige Tage später lud die DNVP zu einem „Vaterländischen Abend“ in die „Erholung“ ein, wo der Landtagsabgeordnete Otto Rippel aus Hagen das „tostlose Bild“ Deutschlands beklagte.<sup>52</sup>

Das Lüdenscheider Bürgertum war beunruhigt. Man wähnte sich zwar noch auf einem Berge oberhalb des brodelnden Geschehens, merkte aber, dass es an den Rändern bröckelte und unsicher wurde. Dieses Gefühl der Unsicherheit fand sichtbaren Ausdruck auf einer Veranstaltung, die am 15. Oktober in der Schützenhalle auf dem Loh stattfand, dem Schauplatz so vieler höchst unterschiedlicher Kundgebungen. Auf Einladung des Magistrats der Stadt sprach dort vor Tausenden von Zuhörerinnen und Zuhörern, angeblich aus allen sozialen Schichten, der Publizist Eduard Stadtler. Er bezeichnete sich als parteilosen Schriftsteller und entwarf rhetorisch geschickt eine Vision deutschen Gemeinsinns, aus dem heraus „ein Führer aus dem Chaos erwachsen“ werde, für den er sich eigentlich selber hielt.<sup>53</sup> Stadtler war ein politisches Irrlicht, der nacheinander mit Lenin, Mussolini und Atatürk sympathisierte, führendes Mitglied der DNVP war, später der NSDAP nahestand und 1945 im sowjetischen „Speziallager“ Sachsenhausen starb. Der Historiker Gerd Koenen bezeichnet ihn für diese Zeit als „*spiritus rector* eines aktivistischen deutschen Antibolschewismus“<sup>54</sup>. Irgendwie scheint dieser Abend im Herbst 1920, der von den beiden bürgerlichen Zeitungen Lüdenscheids hochgelobt wurde, ein Höhepunkt des politischen Umherirrens in der Stadt gewesen zu sein. Interessanterweise nahm Bürgermeister Jockusch an der Veranstaltung aber gar nicht teil, angeblich aus terminlichen Gründen, und auch sein Stellvertreter August Sieper sowie der Stadtverordnetenvorsteher Schmidt blieben der Veranstaltung fern, die trotz des massenhaften Besuches damit ohne Leitung und letztlich ohne Diskussion stattfand.<sup>55</sup> Die Spitzen der

---

<sup>48</sup> Jürgen Hartmann / Dietmar Simon: Ein unentwegter jüdischer Kämpfer. Artur Schweriner und sein „verpfushtes Leben“, in: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, 13 (2019), S. 1–5 [online: [http://www.medaon.de/pdf/medaon\\_25\\_hartmann\\_simon.pdf](http://www.medaon.de/pdf/medaon_25_hartmann_simon.pdf)]

<sup>49</sup> Artur Schweriner: Lüdenscheider ABC, Hagen o. J. [1920].

<sup>50</sup> LGA vom 30.8.1920.

<sup>51</sup> Dietmar Simon: Stahlhelm, Braunhemd, Hakenkreuz. Vom völkischen Radikalismus zur nationalsozialistischen Diktatur in Lüdenscheid, in: Michaela Häffner / Eckhard Trox (Hrsg.): Lockung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung, Lüdenscheid 1999, S. 27–51, hier 29.

<sup>52</sup> LZ vom 11.9.1920.

<sup>53</sup> LGA vom 18.10.1920.

<sup>54</sup> Gerd Koenen: „Rom oder Moskau“? Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands 1914–1924, Diss. Marburg 2003, S. 402.

<sup>55</sup> LGA und LZ vom 18.10.1920.

Stadtgesellschaft hatten also kurzfristig einen Rückzieher gemacht, nachdem ihnen der Charakter des Eingeladenen erst kurz zuvor bewusst geworden war.

Es ist ein merkwürdiger Zufall, dass nur einen Tag nach der Stadtler-Veranstaltung im weit entfernten Halle an der Saale der Lüdenscheider Karl Schütte am Parteitag der USPD teilnahm und sich dort bei der entscheidenden Abstimmung mit der Mehrheit für den Anschluss an die Kommunistische Internationale aussprach.<sup>56</sup> Das bedeutete letztlich die Spaltung dieser Partei. Anfang Dezember wechselte ein großer Teil ihrer Mitglieder zur KPD hinüber und wandte sich damit noch weiter nach links. Damit entstand auch in Lüdenscheid ein kommunistischer Ortsverein, der zunächst unter Führung von Paul Winter stand (der übrigens viel später, nach dem Zweiten Weltkrieg, für einige Monate stellvertretender Bürgermeister wurde). Somit kulminierten im Herbst 1920 die zwei radikalen Orientierungen, die sich im Jahresverlauf in Lüdenscheid bis dahin immer deutlicher zusammengeballt hatten, der „Anti-Bolschewismus“ auf der einen Seite und der Trend zum Bolschewismus auf der anderen.



Abb. 11: Die im Dezember 1920 eingeweihte Gedenktafel zur Erinnerung an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Lehrkräfte und ehemaligen Schüler befindet sich noch heute im Eingangsbereich des Zeppelin-Gymnasiums in Lüdenscheid (Aufnahme von 2022). Finanziert wurde sie durch private Spenden.

Nur wenige Tage nach der Lüdenscheider KPD-Gründung erfolgte die Ansprache, die August Hotop vor der bereits erwähnten Gedenktafel im Treppenhaus des Realgymnasiums hielt. Er endete mit den Worten: „Deutschland muß bestehen! Es muß eine Wiedergeburt Deutschlands geben. Und diese Wiedergeburt wird kommen, wenn wir uns stark machen zum Glauben an Deutschlands Zukunftsbestimmung, stark zum Willen für unsere Durchsetzung, für unsere Rettung.“<sup>57</sup>

So war am Ende des Jahres 1920 vorgezeichnet, wohin der Weg der kurzlebigen Weimarer Republik führen sollte: in eine politische Zerrissenheit, in welcher der Nationalismus letztlich die besseren Karten besaß.

<sup>56</sup> Simon: Arbeiterbewegung, S. 259.

<sup>57</sup> LZ vom 17.12.1920.

## 5. Kultur im Umbruch: Schule, Kirche, Kunst

Die politischen und weltanschaulichen Kontroversen, die in Lüdenscheid im Verlauf des Jahres immer offenkundiger wurden, spiegelten sich auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens wider. Das betraf vor allen Dingen den Stellenwert der Religion und dabei insbesondere den Zusammenhang von Kirche und Schule.

Die Lüdenscheider Gesellschaft war lange Zeit von einem konservativen Protestantismus geprägt, wenn auch in vielen Fällen unpolitisch. Zu Beginn der Weimarer Republik gestaltete sich das differenzierter. Dabei können zwei Persönlichkeiten als Vertreter verschiedener Richtungen, sogar als Antagonisten herausgestellt werden: Pfarrer Wilhelm Proebsting, der durch Heirat mit den auch politisch aktiven Unternehmerfamilien Assmann und Hueck verschwägert war, stand 1920 auf Seiten der DVP, war streng nationalkonservativ und zeigte das auch. Pfarrer Hans Störmer trat 1919 der DDP bei, pflegte einige Kontakte zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und engagierte sich ab Herbst 1920 für den „Bund der freien evangelischen Volkskirche“. So wie Proebsting immer wieder seine Ablehnung der Weimarer Republik erkennen ließ, so war Störmer Veränderungen gegenüber aufgeschlossen. Dazu passt, dass er sich seit 1919 für den Aufbau einer Heimvolkshochschule einsetzte, in der moderne Erwachsenenbildung geboten werden sollte.<sup>58</sup>



Abb. 12: Hans Störmer (1879–1964) war von 1914 bis 1950 Pfarrer der Christuskirchengemeinde in Lüdenscheid (Aufnahme von 1949).

Im Wesentlichen aber zeigte das Jahr 1920 in Lüdenscheid einen unüberbrückbaren Konflikt zwischen konservativen Protestanten und kirchenkritischen Positionen. Eine geringere Rolle spielte dabei der Streit um die Einrichtung eines kommunalen Friedhofs, der von der politischen Linken und der mit ihr verbundenen Freidenkerbewegung gefordert und erst 1922 eingeweiht wurde. Eine viel größere Bedeutung hatte der über das ganze Jahr hinweg dauernde Streit um den kirchlichen Einfluss auf das Schulwesen.

Die Weimarer Reichsverfassung im August 1919 hatte zu einem Kompromiss geführt, der viel Unzufriedenheit hervorrief. Im Prinzip blieb es bei der Möglichkeit konfessionell ausgerichteter Schulen, neben welche die überkonfessionelle Simultanschule oder auch eine weltliche Schule treten konnte. Eine Entscheidung zugunsten einer Trennung von Kirche und Staat war das nicht. Vor allem ging das auf den Einfluss der katholischen Zentrumspartei zurück, doch waren es in Lüdenscheid gerade protestantische Kreise, die sich vehement gegen die Simultanschule oder gar die weltliche Schule aussprachen. Im Februar 1920 wurde auf einer Versammlung in der Erlöserkirche die Gründung einer „evangelischen Schulgemeinde“ beschlossen. Hier wurde erklärt, ohne evangelisch-christliche Grundlage gebe es „keinen wahren, beseelten Unterricht“,

<sup>58</sup> Günter Brakelmann: Geschichte der Heimvolkshochschule Wislade in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte. Band 98 (2003), S. 217–290.

„keine sittlich gefestigten, charaktervollen Persönlichkeiten“<sup>59</sup>. Diesem konfessionellen Standpunkt schloss sich sowohl die DVP auf öffentlichen Kundgebungen an wie auch der katholische Pfarrer August Dinkloh.<sup>60</sup> In einem über die Presse geführten Disput gerieten Pfarrer Proebsting und der Lüdenscheider Lehrerverein aneinander, der sich entschieden für die Simultanschule aussprach, so etwa sein Vorstandssprecher Fritz Kuhne.<sup>61</sup>

Mit der Verabschiedung des Reichsgrundschulgesetzes im April 1920 und dem Ergebnis der nachfolgenden Reichstagswahl, durch das die Weimarer Koalition in Berlin ihre Mehrheit verlor, trat der Lüdenscheider Schulstreit in den Hintergrund. Eine Verquickung von Schule und Politik gab es jedoch auch weiterhin. Auf der rechten Seite taten sich dabei besonders die Deutschnationalen hervor. Dass es ausgerechnet Dr. Reinhard Mumm war, der für die DNVP von Mai 1920 an immer wieder in Lüdenscheid als politischer Redner auftrat,<sup>62</sup> passt ins Bild. Mumm, ein zwar als integer geltender, aber ausgesprochen antiliberaler Mann, war jahrelang für den Wahlkreis Westfalen-Süd Mitglied des Reichstages.

Wie die schulpolitische Haltung der Lüdenscheider Elternschaft zu dieser Zeit war, lässt sich am besten am Ergebnis der ersten Elternbeiratswahlen zeigen, die es Ende Juli 1920 gab. Im Großen und Ganzen betrug das Verhältnis der gewählten Vertreter der evangelischen Schulgemeinde und der Anhänger der Simultanschule zwei zu eins.<sup>63</sup> Dass für die überkonfessionelle Richtung auch namhafte Vertreter der örtlichen Linken kandidierten, darunter der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Ferdinand Schmidt und der Fraktionschef der USPD, Paul Winter, ist nicht verwunderlich. Weiterhin existierten also die konfessionellen Volksschulen nebeneinander. Die neun evangelischen Schulen wurden 1920 von gut 3.300 Schülerinnen und Schülern besucht, die katholische Volksschule von 700.<sup>64</sup>

Dass der Richtungsstreit unvermindert weiterging, zeigte sich im September 1920, als eine Ortsgruppe des „Bundes freier Schulgesellschaften“ entstand. Ihr Vorsitzender wurde Johann Welke, dessen Sohn Erwin viele Jahre später Oberbürgermeister Lüdenscheids wurde, und sein Stellvertreter Otto Schürmann, der wenige Tage später als erster Lehrer in die örtliche SPD eintrat.<sup>65</sup> Das Ziel der Organisation, nämlich die Gründung einer konfessionslosen Schule in der Stadt durchzusetzen, gelang erst 1932 und zerbrach schon im Jahr darauf, als diese von der nationalsozialistischen Regierung wieder aufgelöst wurde.

Auch die weiterführenden Schulen außerhalb der Volksschule waren weitgehend protestantisch geprägt. Darin zeigte sich dann auch ein sozialer Gegensatz. Das Lüdenscheider Realprogymnasium am Staberg besuchten im Herbst 1920 insgesamt 486 Schüler. Fast alle von ihnen waren evangelisch. Es gab nur 31 Katholiken, sechs Juden und 17 sogenannte Dissidenten,<sup>66</sup> das heißt Schüler ohne „Bekenntnis“, die in aller Regel wohl politisch links eingestellten Familien ent-

---

<sup>59</sup> LZ vom 7.2.1920.

<sup>60</sup> LZ vom 12.2.1920 und LGA vom 19.2.1920.

<sup>61</sup> LZ vom 24.2.1920.

<sup>62</sup> LZ vom 14.5.1920.

<sup>63</sup> LZ vom 27.7.1920.

<sup>64</sup> Verwaltungsbericht 1914–25, S. 28 f.

<sup>65</sup> Neue Freie Presse (im Folgenden: NFP) vom 29.9. und 10.11.1920.

<sup>66</sup> LZ vom 4.10.1920.

stammten. Und so verwundern auch die gelegentlichen Sticheleien der Lüdenscheider SPD nicht, die unterstellte, am örtlichen Mädchengymnasium, dem Lyzeum, das damals etwa 350 Schülerinnen besuchten, würden hauptsächlich künftige „Gesellschaftsdamen“ unterrichtet.<sup>67</sup>

Andere Bereiche des kulturellen Lebens der Stadt waren im Jahre 1920 dagegen weniger politisch aufgeladen oder ganz und gar unpolitisch. Darin findet man sowohl Beispiele der Tradition als auch gelegentliche Begegnungen mit einem modernen Kulturbetrieb, wie er den weiteren Verlauf der zwanziger Jahre zumindest in Großstädten wie Berlin stärker prägte.

Dass aber die Freizeitgestaltung keinesfalls immer unpolitisch war, steht außer Frage. Auf Seiten der Arbeiterbewegung sticht hierzu beispielsweise das Gewerkschaftsfest heraus, das Ende Juli sowohl in der alten wie der neuen Schützenhalle auf dem Loh gefeiert wurde, verbunden mit einem Umzug vom Karlsplatz aus, einem Ball und einer „Volks-Belustigung“ auf dem Festplatz.<sup>68</sup> Dergleichen diente natürlich nicht nur der Unterhaltung, sondern auch dem weltanschaulichen Zusammenhalt. Gleiches galt wohl auch für das Stiftungsfest zum 25-jährigen Jubiläum der Konsumgenossenschaft „Einigkeit“, das ebenfalls in der Schützenhalle vier Wochen später stattfand.<sup>69</sup> Die „Einigkeit“ verfügte damals über mehr als 5.000 Mitglieder und betrieb insgesamt 16 Verkaufsstellen in Lüdenscheid und Umgebung, womit sie eine der größten Organisationen in der Stadt war.



Abb. 13: Umzug des Bürgerschützenvereins in späterer Zeit, nämlich 1926, durch die Heedfelder Straße. Im Hintergrund zu sehen ist ein Ladengeschäft der Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Einigkeit“.

<sup>67</sup> LGA vom 9.11.1920.

<sup>68</sup> NFP vom 23. und 27.7.1920.

<sup>69</sup> NFP vom 24.8.1920 und LGA 11.8.1920.

Das ganze Vereinsleben regenerierte sich weiter, nachdem es während des Krieges und in den ersten Monaten danach praktisch brachgelegen hatte. Die Gaststätte „Hohe Steinert“, wo der „Bürgerschützenverein für Stadt und Amt Lüdenscheid“ logierte, wurde im Juli 1920 wiedereröffnet. Im August feierte man dort wieder ein großes Schützenfest, verbunden mit einem großen Umzug durch die Stadt.<sup>70</sup> Als die „Lüdenscheider Schützengesellschaft“, der ältere und größere Verein dieser Art in der Stadt, im Oktober ihre Jahreshauptversammlung abhielt, gehörten ihr wie 1914 wieder 2.000 Mitglieder an.<sup>71</sup>

Ihr Domizil, die 1901 eingeweihte Schützenhalle, war während des Jahres zahlreiche Male Austragungsort politischer und kultureller Veranstaltungen. So war das etwa im Mai beim erstmaligen Auftritt des neuen Städtischen Orchesters unter der Leitung von Karl Kaus.<sup>72</sup> Damit war der jahrelange Ersatz durch kleine Militärkapellen bei musikalischen Aufführungen beendet.

Die anderen Sparten des kulturellen Lebens entwickelten sich ebenfalls beachtlich. Hier ist zunächst das private Stadttheater zu nennen, das seine Aufführungen im Saal des Hotels „Zur Post“ am Karlsplatz durchführte. Dort wurden nicht nur Theaterstücke aufgeführt, sondern auch Operetten. Deren musikalische Leitung hatte von Dezember 1919 bis Mai 1920 der junge Kapellmeister Kurt Weill, der aus Dessau gekommen war und in Lüdenscheid erste wichtige Erfahrungen machte, bevor er seine Karriere in Berlin und später in New York fortsetzte.<sup>73</sup> Der „Lüdenscheider General-Anzeiger“, dessen Leiter Adolf Bartsch regelmäßig freundliche Kritiken zu den Aufführungen verfasste, stellte fest, dass das Stadttheater hauptsächlich von Angehörigen der ‚besseren Kreise‘ besucht wurde, während man Arbeiter dort praktisch nicht sah. Nach dem Weggang Weills lag dagegen die Bühne über den Sommer hinweg brach. Erst im Oktober 1920 wurde das Stadttheater wieder aktiv und begann nicht mehr mit Operetten, sondern mit Lessings Schauspiel „Minna von Barnhelm“.<sup>74</sup>



Breiteren Zuspruch dürften die in dieser Zeit immer zahlreicher werdenden Produkte der Filmindustrie erhalten haben. In Lüdenscheid konnte man sich 1920 in zwei Häusern am Platz unterhalten lassen. Am Anfang der Altenaer Straße befand sich das Central-Kino, während 1919 in der ersten Etage des Hotel „Berliner Hof“ in der oberen Wilhelmstraße das „Metropol-Theater“ eröffnet wurde. In diesen Sälen, die jeweils mehreren hundert Menschen Platz boten, waren 1920 Stummfilme wie etwa „Rausch“ des Regisseurs Ernst Lubitsch zu sehen.<sup>75</sup>

Abb. 14: Annonce des „Metropol-Theaters“ vom Januar 1920 aus dem „Lüdenscheider General-Anzeiger“.

<sup>70</sup> LZ vom 9.8.1920.

<sup>71</sup> LZ vom 12.10.1920.

<sup>72</sup> LGA vom 10.5.1920.

<sup>73</sup> Rudolf Sparing: Kurt Weill – Intermezzo in Lüdenscheid, in: Der Reidemeister, Nr. 218 (22.10.2019), S. 1297–2000 [online: [https://www.ghv-luedenscheid.de/download/der-reidemeister/Reidemeister-218-22.10.2019\\_2.pdf](https://www.ghv-luedenscheid.de/download/der-reidemeister/Reidemeister-218-22.10.2019_2.pdf)]

<sup>74</sup> LZ vom 6.10.1920.

<sup>75</sup> Vgl. etwa die Kinoanzeigen in LZ vom 20.1.1920.

Abb. 15: Im Mai 1920 bewarb das in der Wilhelmstraße ansässige „Papierhaus Sasse“ eine Ausstellung expressionistischer Malerei.



Etwas unterhalb des „Metropol“ befanden sich in der Wilhelmstraße die Räume der Papierwarenhandlung Sasse. Dort konnte man sich nicht nur mit Schreibwaren versorgen, sondern auch Kunstausstellungen besuchen, von denen 1920 dort insgesamt vier an der Zahl stattfanden.<sup>76</sup> Gezeigt wurde dort nicht nur populäre Genremalerei, sondern auch Werke der Lüdenscheider Künstlerin Ida Gerhardi, die damals am Rande der Altstadt wohnte, und im Sommer auch Bilder von Vertretern des Expressionismus, Kubismus und Futurismus. Das Interesse an der bildenden Kunst verbreitete sich damals unter denen, die Zeit und Gespür dafür hatten. So ist es nicht verwunderlich, dass im Dezember 1920 der Vorschlag in die Welt gesetzt wurde, eine Vereinigung innerhalb der Bürgerschaft zu gründen, die sich die Unterstützung der Kunst und Kultur zum Ziel setzte, die man Kunstverein oder so ähnlich nennen könnte. Ein Jahr später, im November 1921, entstand daraus die „Kunstgemeinde Lüdenscheid“.<sup>77</sup>

In der Oberstadt befanden sich ebenfalls schon lange die Räume der Volksbücherei, die im Juni 1920 in eine städtische Einrichtung umgewandelt wurde. Sie hatte damals im Gebäude gegenüber ihrem heutigen Standort ihren Sitz, nämlich im ersten Stock oberhalb der Feuerwache. Zwar handelte es sich um eine Institution, die der Allgemeinheit offen zur Verfügung stand.

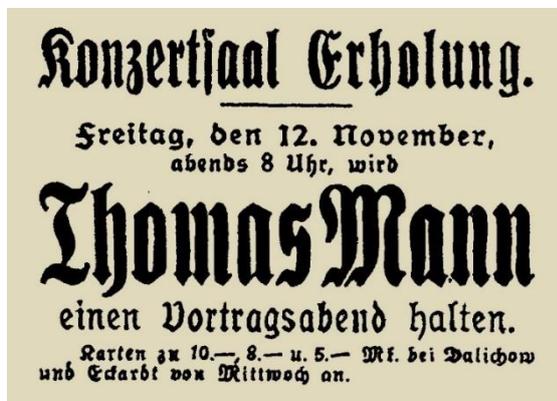


Abb. 16: Annonce zum Vortragsabend mit Thomas Mann aus dem „Lüdenscheider General-Anzeiger“.

Auffällig ist jedoch, dass auch hier die Politik nicht ganz außen vor blieb, und zwar nicht nur deswegen, weil die Bibliothekarin und ihre Hilfskräfte im September auf die Verfassung verpflichtet wurden.<sup>78</sup> Der Vorstandsvorsitzende Karl Sattler war aktives Mitglied der DDP,<sup>79</sup> und auch andere Kommunalpolitiker gehörten dem Vorstand an, darunter Siegmund Crummenerl, der bis Februar 1920 Ortsvorsitzender der SPD gewesen war und sich nun um den Aufbau der Sozialistischen Arbeiterjugend kümmerte.

Abseits der Bücherei fand besondere Aufmerksamkeit im Herbst ein Auftritt des Schriftstellers

Thomas Mann in Lüdenscheid. Am 12. November las er im Saal der „Erholung“ am Sauerfeld

<sup>76</sup> LGA vom 8.4.1920, LZ vom 17.5., 6.8. und 27.11.1920. Hermann Langkitsch: Bildende Kunst in Lüdenscheid 1920-1960. Eine chronologische Darstellung, Lüdenscheid 1996, S. 21 f.

<sup>77</sup> Ebd., S. 23.

<sup>78</sup> Karl Sattler: 75 Jahre Städtische Volksbücherei Lüdenscheid. Ein Beitrag zur heimatlichen Kulturgeschichte, Lüdenscheid 1932, S. 54.

<sup>79</sup> LGA vom 5.6.1920.

aus seinen Werken. Karten konnte man dafür in den Buchhandlungen Dalichow und Eckhardt erwerben.<sup>80</sup> Thomas Mann notierte dazu in seinem Tagebuch: „[...] über Hagen nach Lüdenscheid (Autofahrten hin und zurück; Wohnung bei dem jungen Fabrikanten Noelle, sympathisch-ergeben, herzliche Empfindungen weckend, u. seiner Mutter)“<sup>81</sup>. Die Unterkunft im Haus von Fritz und Emmy Noelle,<sup>82</sup> zwei Vertretern der örtlichen Hautevolee, war also geradezu familiär, bevor der Autor bald darauf in sein Münchner Domizil zurückkehrte und dort an seinem Epochenroman „Der Zauberberg“ weiterschrieb.

## 6. Ein normales Jahr? – ein Resümee

Wenige Tage später, am 1. Dezember 1920, konnten die neuen Glocken der Erlöserkirche erstmals läuten, ebenso wie bald darauf die der Christuskirche.<sup>83</sup> Während des Krieges waren die alten abmontiert und zu Waffen verschmolzen worden. Auf der anderen Seite traten in den letzten drei Wochen vor Weihnachten über 300 Menschen in Lüdenscheid aus der Kirche aus.<sup>84</sup> Das ergibt ein zerrissenes Bild, typisch für dieses Jahr.



Abb. 17: Lokale Schlagzeile aus der „Lüdenscheider Zeitung“ vom Silvestertag des Jahres 1920.

Die Neujahrsnacht kurz darauf sah viel Feuerwerk in Lüdenscheid. Es war leiser als zwölf Monate zuvor, weil nicht mehr geschossen wurde. Im „Lüdenscheider General-Anzeiger“ war am Silvestertag 1920 zu lesen, man solle doch aufhören mit dem „Kampfe aller gegen alle“. Stattdessen gelte es, im nächsten Jahr endlich wieder aufzubauen.<sup>85</sup> Die „Arbeiter-Jugend“ zelebrierte derweil für sich den Jahreswechsel in optimistischer Aufbruchsstimmung mit einer „Wintersonnenwendfeier“.<sup>86</sup> Den Menschen in der Stadt war jedoch zumeist bewusst, dass sie einem weiteren Krisenjahr entgegensahen. Dies brachte auch die Lüdenscheider Heimatdichterin Emma Cramer-Crummenerl in ihrem plattdeutschen Gedicht „Niggejohr“ zum Ausdruck, das am Silvestertag 1920 in der „Lüdenscheider Zeitung“ erschien.<sup>87</sup> Es beginnt mit den Zeilen:

<sup>80</sup> LGA vom 13.11.1920. – Ausführlicher dazu Helmut Pahl: Thomas Mann in Lüdenscheid. Aus den Zeitungsberichten zur Autorenlesung im Jahre 1920, in: Der Märker, 19, H. 3 (1970), S. 64–65

<sup>81</sup> Thomas Mann: Tagebücher 1918–1921. Hrsg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 1979, S. 475.

<sup>82</sup> Rainer Assmann: Grabdenkmale Lüdenscheider Familien. Wie sie wurden, was sie waren oder sind, in: Der Reidemeister, Nr. 130 (5.9.1995), S. 1025–1040, hier 1027 [online: [https://www.ghv-luedenscheid.de/download/der-reidemeister/Der-Reidemeister\\_130\\_05.09.1995.pdf](https://www.ghv-luedenscheid.de/download/der-reidemeister/Der-Reidemeister_130_05.09.1995.pdf)].

<sup>83</sup> LZ vom 2.12.1920.

<sup>84</sup> NFP vom 29.12.1920.

<sup>85</sup> LGA vom 31.12.1920.

<sup>86</sup> NFP vom 3. und 4.1.1921.

<sup>87</sup> LZ vom 31.12.1920. – Zur Verfasserin vgl. Peter Bürger: „Aus Herzens Überfluss“. Über Emma Cramer-Crummenerl (1875–1964), die plattdeutsche Dichterin Lüdenscheids, in: Der Reidemeister Nr. 210, 16. Mai 2017, S.

„Nu stott fie wier an diar Jahreswenge.  
Et gong äin schicksalschworet Johr te Aenge.  
Äin Johr so meuhesam, so wäih un bitter,  
Äin Johr voll Sturm und Nout un Ungewitter.  
Un hat dat nigge brenget, wietet fiet?  
De Völkerfrieden es jo noch so wiet.  
Un Haß und Striet und Menschenunverstand  
Die niamet läider Guades üewerhand.“

Das Jahr 1920 im Rückblick als „schicksalsschwer“ zu bezeichnen, als „weh und bitter“, werden die damaligen Leserinnen und Leser wohl zumeist genauso gesehen haben. Ob der dauernde Streit für sie „leider Gottes überhand“ nahm, steht jedoch dahin, falls sie sich auf einer streitenden Seite im Recht sahen. Im Alltag brauchte man diese Auseinandersetzungen nicht, wenn es um das persönliche Wohlergehen, die Familie oder die Lebensgestaltung ging. Sobald man aber an längerfristige Perspektiven dachte, sah das doch bei vielen anders aus. Wo geht es hin? Wer diese Frage mit sich trug, suchte darauf ganz unterschiedliche Antworten.

Als Oberbürgermeister Jockusch am 2. Mai 1921 in der kalten Aula des Lyzeums den Stadtverordneten gegenüber den Verwaltungsbericht für das vorherige Jahr erstattete, äußerte er zum geringeren Teil Gutes: „Das Jahr 1920 ist im Allgemeinen ruhiger verlaufen als das Vorjahr und die Verhältnisse begannen sich allmählich zu klären und zu festigen.“<sup>88</sup> Allerdings konstatierte er auch ein „Grau in Grau“: „Unsicherheit über das, was wir zu erwarten haben – überall.“<sup>89</sup>

Der Verwaltungschef der Stadt Lüdenscheid stand damit nicht alleine und bezog es auch nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Menschen fühlten sich in jenem Jahr „dazwischen“. Mit einem Bein im Alten, mit einem Bein im Neuen, von dem man noch nicht so richtig wusste, was es war. Kurt Tucholsky schrieb im März 1920: „Diese Zeit hat etwas durchaus Gespensterhaftes.“<sup>90</sup> Damit meinte er, dass sich viele mit dem Kopf und dem Herzen noch in der Vorkriegszeit befanden. Aber er meinte auch, dass im Nebel der Zukunft nur Schemen auszumachen waren. Das war nicht nur in den großen Städten so, sondern auch in der sauerländischen Provinz.

In der Rückschau auf dieses Jahr kann man trotzdem seine große Bedeutung für die Zeit danach erkennen. Das Experiment der Weimarer Republik, der ersten wahren Demokratie in Deutschland, hatte positives Potenzial. Das Jahr 1920 war jedoch insgesamt wenig dazu geeignet, allzu Positives zu erwarten. Allen schwebte eine ziemlich diffuse, wenn auch manchmal strahlende neue Welt vor. Das war aber nicht immer dieselbe.

---

1886–1892 [online: <https://www.ghv-luedenscheid.de/download/der-reidemeister/Reidemeister-210-16.05.2017.pdf>].

<sup>88</sup> LZ vom 4.5.1921.

<sup>89</sup> LGA vom 4.5.1921.

<sup>90</sup> Zitiert nach Martynkewicz: 1920, S. 9.

# **1923 – zwischen Inflation und Putsch**

## **Lüdenscheid im Krisenjahr der Weimarer Republik**

*Dietmar Simon*

### **1. „...trostlos und erschütternd“ – der wirtschaftliche und soziale Rahmen**

Im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts scheint die gesamte Bundesrepublik Deutschland von einem allgemeinen Eindruck der Krise ergriffen zu sein. Demokratiemüdigkeit, Zukunftsangst und Reformstau sind Dinge, die diesem diffusen Gefühl den Boden bereiten. In solchen Zeiten kann es sich aus verschiedenen Gründen lohnen, in der Geschichte zurückzublicken, um zu prüfen, wie sich frühere Wirtschafts- und Staatskrisen äußerten, wozu sie führten und wie die Menschen mit ihnen umgingen. Man kann dabei, soviel sei schon jetzt gesagt, auch zu dem Ergebnis kommen, dass jede Krise relativ ist und man es sich gut überlegen sollte, gleich von einem vollständigen Bankrott von Staat und Gesellschaft auszugehen.

Drehen wir die Zeit zurück, in das Jahr 1923 – eine Zeit, die in vielerlei Hinsicht Beachtung verdient. Der deutsche Publizist Sebastian Haffner etwa bemerkte dazu: „Kein Volk der Welt hat erlebt, was dem deutschen ‚1923‘-Erlebnis entspricht.“<sup>1</sup> Was von dieser Zeit den Heutigen bis heute im Gedächtnis bleibt, ist dabei vor allem die Erfahrung der großen Inflation, die man sich kaum in diesem Ausmaß noch vorstellen kann. So ist zunächst einmal etwas über die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1923 in Lüdenscheid zu sagen, gewissermaßen der Rahmen zu skizzieren, in dem sich die lokale Geschichte abspielte.

Lüdenscheid hatte 1923 etwa 32.000 Einwohner. In ungefähr 240 Industriebetrieben waren etwa 14.000 Menschen beschäftigt, 13.000 Arbeiterinnen und Arbeiter und 1.000 Angestellte. Nach wie vor war die Stadt vor allem von der metallverarbeitenden Industrie geprägt, und das hatte auch Auswirkungen auf das öffentliche und politische Leben. So ist es bemerkenswert, dass mehr als die Hälfte der Industriearbeiterschaft im Deutschen Metallarbeiterverband, dem DMV, organisiert war, der damals größten deutschen Einzelgewerkschaft, die eng mit den Arbeiterparteien, vor allem der SPD, verbunden war und in Lüdenscheid eine starke Stellung besaß.

Die wirtschaftliche Situation stellte sich so dar: Als Folge des Ersten Weltkrieges hatte eine starke Inflation eingesetzt, die schon 1922 immer deutlichere Züge annahm. Bis dahin war die konjunkturelle Entwicklung relativ stabil. Seit Januar 1923 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage aber rapide und wurde forciert durch die Besetzung des Ruhrgebiets. Schlagartig wurde die Versorgung mit Kohlen schwer gestört; durch den dadurch einsetzenden Energiemangel wurden umfassende Betriebseinschränkungen unumgänglich. Am 8. Februar 1923 trat ein sogenannter „Notbetriebsplan“ in Kraft, nach dem in den meisten Betrieben in drei Schich-

---

<sup>1</sup> Zitiert nach Volker Ullrich: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022, S. 9.

ten gearbeitet wurde, um die schlechte Energieversorgung optimal auszunutzen. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf vier Stunden verringert, weitere vier Stunden wurden die Arbeitnehmer von den Unternehmern mit Notstandsarbeiten beschäftigt.<sup>2</sup>

Während der Inflation mussten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in immer kürzeren Abständen Nachbesserungen der tariflichen Arbeitslöhne vorgenommen werden. 1923 hielten die Lohnerhöhungen mit der permanenten Preissteigerung nicht mehr Schritt. Im April 1922 wurde für gelernte Metallarbeiter, die älter als 24 Jahre waren, ein Spitzenlohn von 17,65 Mark pro Stunde vereinbart; Arbeiterinnen verdienten nur gut die Hälfte dessen, nämlich 9,60 Mark. Diese Lohnvereinbarung hatte bereits nur noch eine Laufzeit von einem Monat. Im Mai wurde der Spitzenlohn auf 20,40 Mark erhöht, für Frauen auf 11,70 Mark.<sup>3</sup> Diese Entwicklung setzte sich in wachsendem Tempo fort. Im September erhielt ein Metallfachtarbeiter 71,40 Mark pro Stunde, im November 98,75 Mark,<sup>4</sup> und 1923 erreichten die Zahlen schwindelnde Höhen. So konnte ein Maurer im Juni dieses Jahres mit einem Stundenlohn von 3.450 Mark rechnen. Zu diesem Zeitpunkt kostete ein Liter Milch 1.600 Mark und ein Pfund Fleisch 15-16.000 Mark.<sup>5</sup>



Abb. 1: Geldschein der Stadt Lüdenscheid über eine Billion Mark (November 1923). Am rechten Rand drückt eine plattdeutsche Formulierung ironisch den Überdross über die Verhältnisse der Hyperinflation aus: „Nu mat et ower bolle guet sien!“ („Nun muss es aber bald mal gut sein!“).

<sup>2</sup> Hans Strodel: Chronik der Stadt Lüdenscheid. Ihre politische, kulturelle und soziale Entwicklung. Aus 75 Jahrgängen des „Lüdenscheider General-Anzeigers“ („Lüdenscheider Wochenblatt“), Lüdenscheid 1929, S. 49; vgl. für die Jahre 1918–1923 aus Arbeitgebersicht die Festschrift Fünfundzwanzig Jahre Verband von Fabrikanten-Vereinen im Regierungsbezirk Arnsberg und in benachbarten Bezirken, Sitz Iserlohn, Iserlohn 1929, S. 47–57.

<sup>3</sup> Stadtarchiv Lüdenscheid (im Folgenden: StA Lüd), A 1990, Berichte des Arbeitsamtes vom 18.4. und 20.5.1922. – Eine Aufstellung über Spitzenlöhne im Jahre 1922 in verschiedenen Städten, darunter Lüdenscheid, ist enthalten in Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.): Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1922. Jahr- und Handbuch für Vereinsmitglieder, Stuttgart 1922, S. 85.

<sup>4</sup> StA Lüd A 1990, Berichte des Arbeitsamtes vom 18.9. und 6.11.1922.

<sup>5</sup> Ebd., Berichte des Arbeitsamtes vom 5.6. und des Wirtschaftsamtes vom 19.6.1923.

Im November betrug der tarifliche Stundenlohn für einen gelernten Metallarbeiter in Lüdenscheid 257 Milliarden Mark.<sup>6</sup>

Da die Preissteigerung immens war, konnten Konflikte um Lohnerhöhungen kaum ausbleiben. Anfang März legten für drei Tage insgesamt 4.500 Metallarbeiter aus zwanzig Betrieben die Arbeit nieder, um eine schnellere Anpassung ihrer Löhne an die Preise zu erzwingen.<sup>7</sup> So kurz dieser Streik auch war, so war er doch von seiner Beteiligung her der bislang größte, den Lüdenscheid bis dahin gesehen hatte; der Arbeitskampf erreichte Dimensionen, die er auf lokaler Ebene während der Kaiserzeit nie gehabt hatte. Erstmals bekam er in diesem Jahr eine neue Qualität, nämlich die eines Druckmittels nicht in wirtschaftlichen, sondern in politischen Konflikten. Darum drehte sich für viele Menschen ein großer Teil dieser Zeit.

Die Streikwellen des Jahres 1923 fanden ihr Ende erst nach der Währungsstabilisierung in einem umfassenden Metallarbeiterstreik, der am 28. November begann und sich über vierzehn Tage hinzog. Zwei Tage später war nach Mitteilung des Arbeitgebervereins „fast die gesamte Arbeiterschaft“ in der Stadt daran beteiligt. In insgesamt 130 Betrieben traten Tausende von Arbeitern in den Ausstand, weil die Arbeitgeber sich weigerten, eine Anpassung der Löhne an das Vorkriegsniveau herbeizuführen. Unter der Leitung des Oberbürgermeisters Jockusch kam schließlich eine Einigung zustande, welche de facto ein Scheitern der ursprünglichen Forderungen der Arbeiter bedeutete.<sup>8</sup>

Die Versorgungslage der Bevölkerung war schon 1922 prekär. So kostete im April 1922 ein Pfund Butter 75 Mark, während – um dies zum Vergleich zu nennen – der Stundenlohn eines Maurers 18,70 Mark betrug.<sup>9</sup> Das Ausgreifen der Hochinflation bewirkte schließlich einen sozialen Notstand von einem Ausmaß, wie es selbst während des Krieges nicht beobachtet werden konnte. Anfang 1923 war ausdrücklich von Hunger und Kälte die Rede, unter denen die Bevölkerung zu leiden habe: „Die Preise für sämtliche Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs steigen täglich.“ Hiervon waren nicht nur die sozial schwachen Schichten betroffen; Hamsterkäufe verschlimmerten die Lage.<sup>10</sup> Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erfolgte eine rasante Verschlimmerung.

Die Bahnverbindung über Hagen wurde gestört. Man stellte sogar die „fast völlige Abschnürung der Stadt von der Bahnzufuhr“ fest.<sup>11</sup> Ab Sommer 1923 erreichte die Lage einen dramatischen Höhepunkt. Die Anpassung der Löhne und Gehälter konnte mit der Preisentwicklung nicht mehr Schritt halten. Im Oktober berichtete das Wirtschaftsamt: „Während der letzten 4 Wochen hat sich die wirtschaftliche Not zur Katastrophe entwickelt. Durch den Verfall der Mark in den letzten Tagen ist die Kaufkraft von mindestens 90 % der Bevölkerung derart

---

<sup>6</sup> Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1922 (wie Anm. 2), S.82 (Tabelle zur Entwicklung der tariflichen Stundenlöhne für Metallfacharbeiter in verschiedenen Städten).

<sup>7</sup> StA Lüd, A 1990, Bericht vom 21.3.1923.

<sup>8</sup> Strodel: Chronik, S. 52 f.; vgl. auch Fünfundzwanzig Jahre Verband von Fabrikanten-Vereinen (wie Anm. 1), S. 58; Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.): Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1923. Jahr- und Handbuch für Vereinsmitglieder, Stuttgart 1923, S. 93 f.

<sup>9</sup> StA Lüd, A 1990, Berichte des Arbeits- und des Wirtschaftsamtes vom 20.3. und 4.4.1922.

<sup>10</sup> Ebd., Bericht des Wirtschaftsamtes vom 18.1.1923.

<sup>11</sup> Ebd., Bericht des Wirtschaftsamtes vom 20.2.1923.

gesunken, dass nackte Not herrscht, die noch durch umfangreiche und zunehmende Arbeitslosigkeit verschärft wird.“ Im darauffolgenden Monat wurde die Situation als „trotstlos und erschütternd“ bezeichnet.<sup>12</sup>

Der Stadtverwaltung erschien auch die politische Lage infolge der Versorgungskrise als kritisch. Mit der Einführung der Goldwährung entspannte sich die Situation jedoch schlagartig. Ein allgemeiner Preisrückgang setzte ein, und das Angebot von Lebensmitteln, nach Ansicht der Behörden bis dahin „in spekulativer Absicht zurückgehalten“, verbesserte sich deutlich.<sup>13</sup> Trotzdem hatten sich die Lebensperspektiven für manche Menschen so sehr verschlechtert, dass sie gegen Jahresende nach Übersee auswanderten, die meisten nach Brasilien. Aus der Stadt selbst waren es etwa zweihundert Personen, aus dem weiteren Umland aber allein im Januar 1924 rund tausend Familien.<sup>14</sup>

All dies war der soziale Hintergrund, vor dem sich die politische Entwicklung dieser Jahre abspielte, und er trug ohne Zweifel dazu bei, dass eine wachsende Unzufriedenheit und Radikalisierung in der Bevölkerung um sich griff.



Abb. 2: Blick in die Lüdenscheider Altstadt, Ecke Concordiastraße (heute Freiherr-vom-Stein-Straße) und Schillerstraße (die rechts Richtung Hochstraße abzweigt) (Aufnahme um 1923).

<sup>12</sup> StA Lüd, A 1991, Berichte des Wirtschaftsamtes vom 20.10. und 24.11.1923.

<sup>13</sup> Ebd., Bericht des Wirtschaftsamtes vom 19.12.1923.

<sup>14</sup> Strodel: Chronik, S. 157.

## 2. Im Schatten des Ruhrkampfes

Um nun diese politische Entwicklung des Jahres 1923 richtig verstehen zu können, ist es notwendig, die vorhergegangene Polarisierung wenigstens in Umrissen zusammenzufassen. Seit dem Herbst 1918 war Deutschland eine demokratische Republik, die aber innerlich von in verschiedene Richtungen drängenden Kräften zerrissen zu werden drohte. In Lüdenscheid stand indessen noch immer der seit 1896 amtierende Oberbürgermeister Wilhelm Jockusch an der Spitze der Stadtverwaltung, während das kommunale Parlament, die Stadtverordnetenversammlung, seit 1919 eine sozialdemokratische Mehrheit besaß. Doch bald gab es Auseinandersetzungen im linken Lager, wo sich die Kommunistische Partei von der SPD und auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der USPD, distanzierte. Auf der bürgerlichen Seite gab es ein einigermaßen funktionierendes Einvernehmen zwischen Rechts- und Linksliberalen, Deutschnationalen und dem katholischen Zentrum. Außerhalb der politisch etablierten Kreise begannen sich erste rechtsradikale Splittergruppen zu formieren.

Wie angespannt das politische Klima spätestens 1922 war, zeigten besonders drastisch die Vorfälle im Zusammenhang mit einer Protestdemonstration gegen die Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau, ein Vorgang, der letztlich dazu führte, dass der stellvertretende, der sogenannte zweite Bürgermeister Lüdenscheids, der rechtsliberal orientierte August Sieper, der auch die Polizeiverwaltung unter sich hatte, nach Ablauf seiner Wahlperiode sein Amt verlor.

Abb. 3: Dr. Karl Christian Gudewill, geb. 1886 in Groß Luckow bei Pasewalk in der Uckermark. Mit diesem Foto als „Militärhilfsrichter“ im Jahre 1915 und in Uniform bewarb er sich 1922 um seine Stelle in Lüdenscheid.



Am 10. Januar 1923 wählte die Stadtverordnetenversammlung stattdessen Karl Christian Gudewill zum zweiten Bürgermeister. Gudewill, 1886 in Mecklenburg als Sohn eines Landwirts geboren, war promovierter Jurist, hatte bislang berufliche Stationen in Magdeburg, Danzig, Hannover und Spremberg durchlaufen und war seit dem Vorjahr SPD-Mitglied. Er erhielt in der Abstimmung 25 der 42 abgegebenen Stimmen, also auch zwei aus den Reihen der bürgerlichen Stadtverordneten. Auf seinen Gegenkandidaten und Vorgänger, August Sieper, entfielen vierzehn Stimmen. Der „General-Anzeiger“ sah eine „Kapitaldummheit“ in dieser Neuwahl, und auch die „Lüdenscheider Zeitung“, die moderater war, gab der Hoffnung Ausdruck, dass man diesen Schritt nie bereuen möge. In derselben Sitzung wurde der Sozialdemokrat Ferdinand Schmidt

mit großer Mehrheit in seinem Amt als Vorsteher des Kollegiums bestätigt, was zeigt, dass die politischen Gegensätze nicht in jedem Punkt aufeinanderprallten.<sup>15</sup>

Einen Tag später erfolgte die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen, die durch einen Streit in der Reparationsfrage, aber auch durch machtpolitische Interessen Frankreichs begründet war. Auf breiter Front kam es zu einer Welle nationaler Solidarität gegen diesen aggressiven Akt. Auch die SPD-Führung, die seit November 1922 ein rein bürgerliches Kabinett des neuen Kanzlers Wilhelm Cuno tolerierte, griff den „französischen Imperialismus“ scharf an. Lediglich die KPD stellte sich auf den Standpunkt, dass man nicht gemeinsam mit der Regierung Cuno Widerstand leisten könne, sondern dass die Arbeiterschaft gegen das französische und deutsche Kapital gleichzeitig zu kämpfen habe. Im Ruhrgebiet wurde der „passive Widerstand“ gegen die Besatzungsmächte proklamiert. Der übrige Teil Deutschlands verpflichtete sich dazu, mit der Ruhrhilfe die Lohnausfälle und Betriebsstillegungen an der Ruhr auszugleichen, was die Inflation weiter anheizte.<sup>16</sup>

Die Grenze des besetzten Gebietes verlief an der nördlichen Stadtgrenze Hagens. Der Eisenbahnverkehr über diesen Knotenpunkt kam fast völlig zum Erliegen, mit der Folge, dass der daran angebundene sauerländische Raum wirtschaftlich schwer geschädigt wurde. In Hagen und seiner unmittelbaren Umgebung kam es wiederholt zu einzelnen Zusammenstößen mit französischem Militär.<sup>17</sup>

Am 14. Januar 1923 beteiligte sich die Stadt Lüdenscheid an dem reichsweit proklamierten „nationalen Trauertag“ mit einer Kundgebung auf dem Karlsplatz. Neben Jockusch sprach der sozialdemokratische Parteisekretär Max Skuhr, der einen Generalstreik verwarf und zur Besonnenheit aufrief, aber auch in dem Geschehen eine Fortsetzung der deutschen Kriegspolitik in Frankreich während des Krieges sah.<sup>18</sup> Diese herausgehobene Beteiligung der lokalen Sozialdemokratie an dem Ereignis war durchaus ungewöhnlich: Die SPD-Führung hatte noch kurz zuvor dazu aufgerufen, von solchen gemeinsamen Veranstaltungen mit den bürgerlichen Parteien abzusehen, um keine Assoziationen mit dem Burgfriedensschluss von 1914 aufkommen zu lassen.<sup>19</sup> Die Kommunisten distanzieren sich von diesem „Rummel“ und warfen Skuhr vor, er habe sich seit seinen kämpferischen Reden nach dem Rathenau-Attentat gewandelt und nun „die nationalistischen Phrasen seines Vorredners, des Oberbürgermeisters, noch bedeutend in den Schatten“ gestellt.<sup>20</sup> Stattdessen veranstaltete die KPD am 16. Januar eine Versammlung, auf der eine Rednerin aus Berlin über „Volksverelendung“ sprach.

---

<sup>15</sup> Neue Freie Presse (im Folgenden: NFP), Lüdenscheider General-Anzeiger (im Folgenden: LGA) und Lüdenscheider Zeitung (im Folgenden: LZ) vom 11.1.1923; Strodel: Chronik, S. 48. – Die beiden Stimmen aus dem bürgerlichen Lager für Gudewill erwähnte der „General-Anzeiger“ nicht, auch die Angabe, Sieper habe fünfzehn Stimmen erhalten, war falsch. Auf die Stelle hatten sich insgesamt 86 Personen beworben (Rote Tribüne (im Folgenden: RT) vom 9.1.1923).

<sup>16</sup> Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924. 2., völlig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin/Bonn 1985, S. 553–561.

<sup>17</sup> Hanno Lambers: Die Revolutionszeit in Hagen. Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen und Haspe, Hagen 1963, S. 173–176. – Ausführlich zu Ruhrbesetzung und Ruhrkampf Ullrich: Deutschland 1923, S. 15–70.

<sup>18</sup> Volksstimme (im Folgenden: VS) vom 16.1.1923; Strodel: Chronik, S. 49.

<sup>19</sup> Michael Ruck: Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986, S. 127.

<sup>20</sup> RT vom 17.1.1923.

Flugblätter der Bezirksleitung über den „Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland“ wurden beschlagnahmt. In ihnen wurde „das räuberische Kapital“ nicht nur in Frankreich, sondern als „Hauptfeind“ im eigenen Lande für die Verhältnisse verantwortlich gemacht.<sup>21</sup>

Über der Frage der Ruhrhilfe brachen neue Konflikte zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten aus, wobei sich diejenigen Unabhängigen, die im Jahr zuvor der Wiedervereinigung mit der SPD ferngeblieben waren, unter Führung Fritz Linnepes auf die Seite der KPD schlugen. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des DMV Anfang Februar führte Linnepe die „Liste der revolutionären Opposition“ an, die gegen die der SPD aber mit 708 gegen 910 Stimmen unterlag. Dennoch gelangte in der Generalversammlung eine von dem örtlichen KPD-Chef Paul Winter eingebrachte Resolution zur Annahme, die eine finanzielle Unterstützung des Widerstandes an der Ruhr ablehnte. Auch eine Belegschaftsversammlung der „Lüdenscheider Metallwerke“, wo Linnepe dem Betriebsrat vorstand, lehnte eine Beteiligung an der Ruhrhilfe ab.<sup>22</sup> Die Arbeiterschaft in der Metallindustrie zeigte in diesen Wochen starke Tendenzen zu den Standpunkten der kommunistischen Partei.

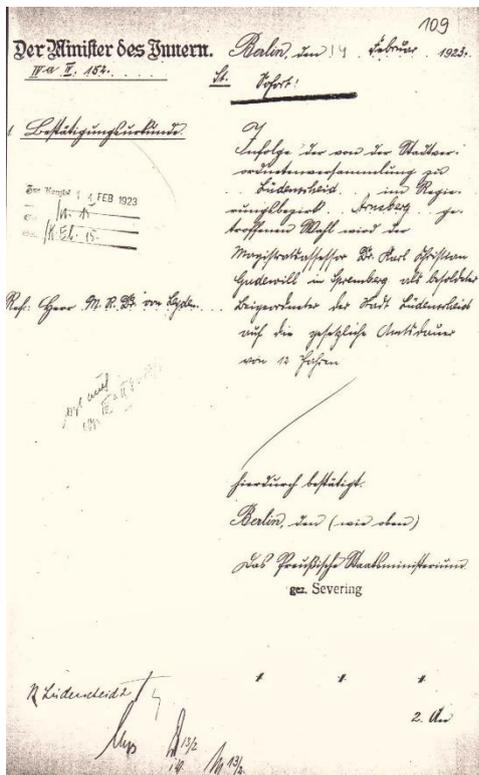


Abb. 4: Bestätigungsurkunde für den neu gewählten Bürgermeister Gudewill, unterzeichnet vom preußischen Innenminister Carl Severing (SPD) am 14. Februar 1923.

Am 16. März 1923 wurde der neugewählte Bürgermeister Gudewill in sein Amt eingeführt. Jockusch erklärte, dass er der erste Verwaltungsbeamte sei, „der auf Grund seines politischen Bekenntnisses gewählt wurde“, dass aber kein Parteiprogramm, „weder ein sozialistisches noch ein anderes“, im Rathaus Geltung habe.<sup>23</sup>

Die Stadtverordneten der SPD, die bei der Erklärung des Oberbürgermeisters „Unruhe“ zeigten, sahen das natürlich anders. Für sie war auch Sieper ein politischer Beamter gewesen, und dass Kommunalpolitik unparteiisch zu sein habe, galt ohnehin als eine Formel, die den realen Verhältnissen widersprach. Wie um dies zu bestätigen, veranstalteten DDP und DVP am Abend eine Abschiedsfeier für den scheidenden Sieper.

Wilhelm Winter, der rechtsliberale Wortführer im Stadtparlament, gegen den die SPD-Presse des Öfteren polemisierte, hielt eine Rede von nationalem Pathos angesichts der Ruhrbesetzung.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> StA Lüd A 1990, Bericht vom 19.1.1923.

<sup>22</sup> VS vom 6.2.1923; RT vom 2. und 7.2.1923. – Die „Volksstimme“ warf der „Ledebourgruppe“ vor, sie versuche „gemeinschaftlich mit den Kommunisten [...] unsere Partei in Stücke zu schlagen“.

<sup>23</sup> VS vom 17.3.1923; Strodel: Chronik, S. 48.

<sup>24</sup> LGA vom 17.3.1923. – Winter galt der SPD von jeher als „der getreue Ekkehard der Geldsäcke“ (NFP vom 13.1.1921). Im Dezember 1923 wanderte er in die USA aus, enttäuscht von der Entwicklung in Deutschland (LGA vom 4.12.1923).

Am 20. März sprach der Arnsberger Regierungspräsident Max König (SPD) in der Schützenhalle über den „Abwehrkampf an der Ruhr“, was den Kommunisten eine weitere Möglichkeit bot, ihren Standpunkt gegen den passiven Widerstand darzulegen. Hubert Hoffmann, der Altenaer Gewerkschaftssekretär des Zentralverbandes der Heizer und Maschinisten, einer der führenden kommunistischen Funktionäre in der Region während dieser Jahre, warf der SPD in zweistündiger (!) Rede vor, sie betreibe eine „Einheitsfront“ mit dem Großindustriellen Hugo Stinnes (DVP).<sup>25</sup> Vor dem Hintergrund der sich rapide verschlechternden wirtschaftlichen Lage gelang es der KPD mit dieser Propaganda, weitere Anhänger zu sammeln, nachdem einem wohl auch unter Arbeitern verbreiteten patriotischen Elan im Januar einige Wochen später Ernüchterung folgte.

Die Agitation zielte dabei immer auf die sozialdemokratische Basis, nicht auf die Funktionäre. Die Stadtverordneten der SPD beispielsweise wurden verdächtigt, „Arm in Arm mit der Partei der Großunternehmer“ zu gehen, der DVP also,<sup>26</sup> was der Sachlage nach Unsinn war. Andere galten als „Kommunistenfresser“, so Albert Wiebusch, einer der Führer der sozialistischen Jugendbewegung.<sup>27</sup> Veranstaltungen wie etwa Maifeiern und Gewerkschaftsfeste begingen KPD und SPD schon längere Zeit teilweise getrennt. Während die Sozialdemokraten 1922 wie jedes Jahr im November in der Gaststätte Zapp am Grünewald ihre Revolutionsfeier veranstalteten zum Gedenken an den Beginn der Republik, begingen die Kommunisten zwei Tage später eine eigene Revolutionsfeier – mit Blick nicht auf die deutsche, sondern die russische Revolution.<sup>28</sup>

Vor allem die Gewerkschaften wurden zum Austragungsfeld des Parteienstreites. Die Kommunisten versuchten aber auch auf einem anderen Weg, die Arbeiter für sich zu gewinnen, nämlich über die Betriebsräte, aus denen sie „wirksame Konkurrenzorgane der Gewerkschaften“ schaffen wollten. Eine ähnliche Rolle nahmen lokale „Kontrollausschüsse“ ein, die zur Überwachung gegen Wucher gegründet, in erster Linie aber als Agitationsinstrumente genutzt wurden.<sup>29</sup>

Im Februar und März 1923 erhielt die KPD in Lüdenscheid Aufwind, wobei ihr der verbreitete Missmut über die Verschlechterung der Lage infolge der Ruhrhilfe zugutekam. Die Ankündigung der Reichsbetriebsrätekonferenz in Essen am 11. März fand hier Resonanz. In mindestens zwei der größeren Firmen der Metallindustrie, bei Basse & Fischer sowie Brauckmann & Proebsting, sprachen sich die Belegschaften für diesen Kongress aus.<sup>30</sup> Es entstand ein „provisorischer Betriebsräteausschuss“, bestehend aus Mitgliedern des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes, Erwerbslosen und Notstandsarbeitern sowie Beschäftigten

---

<sup>25</sup> VS vom 22.3.1923; RT vom 23.2.1923; zu Hoffmanns Funktion VS vom 3.1.1923. – Nach der kommunistischen Märzaktion im Jahre 1921 war Hoffmann, Stadtverordneter und Gründer der KPD in Altena, von einem Sondergericht zu zweieinhalb Jahren Festungshaft verurteilt worden, nachdem er in Haspe öffentlich zum Generalstreik aufgerufen hatte. Er wurde im Juli 1922 vorzeitig amnestiert (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, Außerordentliches Gericht Hagen, Nr. 346; vgl. auch RT vom 24.11.1921).

<sup>26</sup> RT vom 18.5.1922.

<sup>27</sup> RT vom 1.9.1922.

<sup>28</sup> VS vom 10.11.1919, NFP vom 10.11.1920, 14.11.1921 und 11.11.1922 zu den sozialdemokratischen Feiern; RT vom 15.11.1922 für das Fest der KPD.

<sup>29</sup> Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 324.

<sup>30</sup> RT vom 27.2. und 8.3.1923.

verschiedener Firmen. Dieses Gremium veranstaltete am 15. April die Gründung eines Kontrollausschusses, der im Vorjahr von der SPD noch verhindert worden war. Vorsitzender des Ausschusses wurde Karl Brüninghaus, damals ein führendes Mitglied der Lüdenscheider KPD. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder gehörten der KPD und der USPD an. Und nun ist dies besonders wichtig: Anwesend bei der Gründungsversammlung war auch Bürgermeister Gudewill, der versprach, sich bei der Stadtverwaltung für die Anerkennung des Ausschusses einzusetzen.<sup>31</sup> Dies warf ein merkwürdiges Licht auf den neuen Mann im Rathaus, der erst eine Woche vorher erstmals an einer Ortsvereinssitzung der SPD teilgenommen hatte.<sup>32</sup> Wollte er dazu beitragen, die Kluft zur KPD zu überbrücken?



Abb. 5: Das Lüdenscheider Rathaus an der Wilhelmstraße (Aufnahme aus dem Jahre 1925).

### 3. Bürgermeister Gudewill und der Kampf um die Schupo

Es dauerte noch einige Wochen, bis sich diese Frage entscheiden sollte. Nicht nur auf der Seite der politischen Linken gab es Streit und hektische Aktivität. Auf der Rechten agierten Anhänger nationalistischer Splittergruppen, die vornehmlich nachts lärmend durch die Straßen zogen und Flugblätter verteilten.<sup>33</sup> Die Ruhrbesetzung brachte in ganz Deutschland einen Aufschwung rechtsradikaler Strömungen mit sich, vor allem seitdem französisches Militär zu brutalen Gewaltaktionen griff. Hier kam nun ein neuer Faktor ins Spiel.

---

<sup>31</sup> RT vom 10. und 18.4.1923.

<sup>32</sup> Protokollbuch der Mitgliederversammlungen des SPD-Ortsvereins Lüdenscheid in den Jahren 1909 bis 1925 (Stadtmuseum Lüdenscheid), S. 160.

<sup>33</sup> VS vom 5.3.1923; RT vom 23.2.1923.

Um den passiven Widerstand im Ruhrgebiet zu brechen, hatten die Besatzungsbehörden im März 1923 Beamte der Schutzpolizei (Schupo), die dem Innenministerium unterstellt waren, ausgewiesen.<sup>34</sup> Mitte März gelangten auf diese Weise auch etwa einhundertzwanzig Schupobeamte aus Herne und Bochum nach Lüdenscheid, wo sie bald zusammen mit der städtischen Polizei Dienst taten. Während die sozialdemokratische „Volksstimme“ anfangs für eine freundliche Aufnahme warb, schoss sich die „Rote Tribüne“ sehr bald auf ihr neues Feindbild ein. Dies war die damalige kommunistische Zeitung, die in Wuppertal gedruckt und auch in Lüdenscheid gelesen wurde. Die Schupo, unter der sich auch „ausgesprochene Monarchisten“ befanden, so schrieb sie Mitte April, habe es vor allem auf die KPD abgesehen.<sup>35</sup> Die preußische Schutzpolizei setzte sich zu einem großen Teil aus ehemaligen Reichswehroffizieren und Freikorpsangehörigen zusammen. Sie geriet nicht zu Unrecht seit 1921 in den Ruf, antirepublikanische Gesinnungen zu unterstützen.<sup>36</sup>

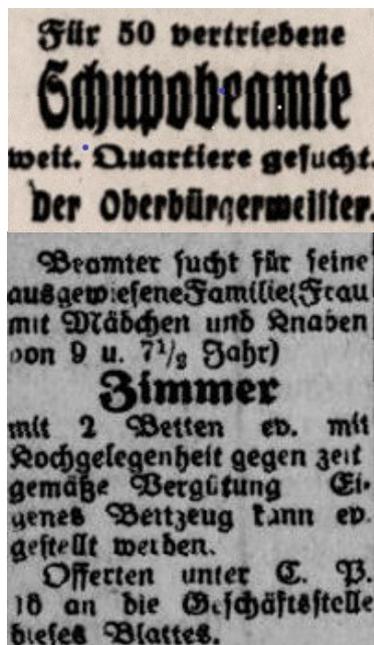


Abb. 6: Die aus dem Ruhrgebiet ausgewiesenen Schupobeamten wurden in Privatquartieren untergebracht (Anzeigen aus der „Lüdenscheider Zeitung“ vom 17.3. und 4.4.1923).

SPD, USPD, KPD und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) riefen in diesem Jahr gemeinsam zur Maidemonstration auf, die unter anderem den Kampf gegen den „Fascismus“ (so der damalige Wortgebrauch) proklamierte.<sup>37</sup> Die Veranstaltung selber, an der zwei- bis dreitausend Menschen teilnahmen (in den Augen der KPD sogar vier- bis fünftausend) verlief „in gewohnter Weise“.<sup>38</sup> Unter dem Eindruck der Erfolge faschistischer Bewegungen in Ungarn und Italien sowie dem aggressiven Auftreten derartiger Organisationen in Deutschland hatte schon am 1. Februar der Hagener Reichstagsabgeordnete Walter Oettinghaus einen Vortrag darüber im SPD-Ortsverein gehalten.<sup>39</sup> Wenig später ließ Siegmund Crummenerl der Stadtverwaltung „Tatsachenmaterial zur Beurteilung des örtlichen Nationalismus“ zukommen. Crummenerl war damals führend in der Lüdenscheider SPD tätig. Später stieg er bis in den Parteivorstand auf, wo er eine wichtige Rolle in der Zeit des Exils nach 1933 spielte. Er berichtete: Angehörige der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) hatten kurz zuvor auf einem Sonntagsspaziergang nahe der Brenscheider Mühle, einem Ausflugslokal nördlich der Stadt, junge Leute mit Hakenkreuzen und Stahlhelmen bei militärischen Übungen beobachtet. Ihrer Aussage zufolge sollen sich darunter etwa vierzig Lüdenscheider befunden haben, angeführt von Karl Prinz, der sich schon im Jahr zuvor als Kopf der zu gewaltsamen Aktionen bereiten Gruppe gezeigt hatte.<sup>40</sup> Der Magistrat, der zu einer Stellungnahme zu diesem Bericht

<sup>34</sup> Ruck: Die Freien Gewerkschaften, S. 228.

<sup>35</sup> RT vom 11.4.1923.

<sup>36</sup> Peter Lessmann: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 175–192.

<sup>37</sup> RT vom 26.4.1923.

<sup>38</sup> VS vom 2.5.1923; RT vom 5.5.1923.

<sup>39</sup> VS vom 3.2.1923.

<sup>40</sup> StA Lüd, A 1992, Schreiben vom 26.3.1923.

aufgefordert wurde, blieb zurückhaltend. Oberbürgermeister Jockusch hielt es für unwahrscheinlich, dass Bewohner der Stadt verbotenen nationalistischen Organisationen angehörten.<sup>41</sup> Hierbei handelte es sich um eine Fehleinschätzung, auch wenn man sicherlich die geringe Größe der damals bestehenden völkisch-nationalistischen Gruppe in Lüdenscheid im Auge behalten muss. Prinz, ein stadtbekanntes Stahlhelm-Mitglied, der schon im Vorjahr von sich reden gemacht hatte, war außerdem bei einer Unterredung mit einem Schupooffizier beobachtet worden.<sup>42</sup>

Die Schutzpolizei geriet ins Gerede, und zwar nicht nur aufgrund von Verleumdungen, sondern auch aufgrund eigenen Fehlverhaltens. Beispielsweise wurden Angehörige der kommunistischen Jugendorganisation von Beamten „angerempelt“, als sie Plakate mit dem Aufruf zur Maidemonstration klebten, und die Plakate selber wieder abgerissen.<sup>43</sup>



Abb. 7: Mitglieder der Ortsgruppe Lüdenscheid des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) um 1923. In der oberen Reihe ist als 6. v. l. Werner Kowalski (1901–1943) zu sehen, der in der Gruppe eine führende Rolle spielte. In der unteren Reihe als 4. v. l. befindet sich Hans Kraus (1903–1980).

Einige Wochen lang staute sich diese gefährliche Stimmung auf. Am Abend des 11. Juni 1923 schließlich, einem Montag, geschah das Unvermeidliche: Es ereigneten sich gewaltsame Zwischenfälle. Deren Anlass war geringfügig. In der Grabenstraße in der Altstadt brannte eine Schreinerei, was viele Neugierige anzog. Städtische Polizisten, unterstützt von zwei Schupo-Beamten, sperrten den Brandort ab, doch einige Leute führten sich provokativ auf, indem sie

<sup>41</sup> Ebd., Bericht vom 25.4.1923. Vgl. auch Hans-Günter Schmidt: „Es war die uns von Gott gegebene Obrigkeit“. Studien und Materialien zur Zeit des Nationalsozialismus in Lüdenscheid, Pfaffenweiler 1991, S. 32 f.

<sup>42</sup> Der Bericht Crummenerls, die beigefügten Zeugenaussagen und ein Bericht Jockuschs, der die Befürchtungen für übertrieben hielt, sind enthalten in StA Lüd A 2089.

<sup>43</sup> RT vom 2.5.1923.

sich auf die Schläuche der Feuerwehr stellten. Nach wirkungslosen Ermahnungen wurde ein Mann verhaftet und zum Rathaus abgeführt, wobei aber eine größere Menschenmenge mitzog und die Freilassung des Verhafteten forderte. Als Schutzpolizisten einen weiteren Mann festnahmen, wurden sie angegriffen und durch Schläge verletzt. Daraufhin erschien ein gutes Dutzend weiterer Beamter und räumte mit gezogener Waffe den Platz vor dem Rathaus in der Wilhelmstraße. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ beschrieb die Szenerie so: „Kolbenschläge werden ausgeteilt, mit blank gezogenem Seitengewehr dringt man auf die auseinanderstiebenden Massen ein; wer nicht schnell genug zurück kann, bekommt sein Teil ab. Im Auto mit geladenem Karabiner saust man alsdann die Wilhelmstraße mehrere Male auf und ab, die Verfolgung wird bis zur Loherstraße, zur Hoch- und Werdohler Straße oben, bis weit in die Knapper Straße hinein unten aufgenommen. Friedlich des Weges Kommende, von dem Tumult nichts Ahnende, werden barsch angeschrien und zum Laufschrift gezwungen.“<sup>44</sup> Einige Beteiligte, darunter auch ein Polizist, wurden leicht verletzt. Die bürgerliche Presse schilderte das Geschehen mit Nachdruck auf die „drohende Haltung“ der Menge, von der die erste Gewalt ausgegangen sei.<sup>45</sup> Die „Rote Tribüne“ berichtete von „fürchterlichen Misshandlungen“ durch die Schupo, die „mit Kolben und Bajonett gegen wehrlose Arbeiter“ vorgegangen sei, und legte entsprechende Zeugenaussagen vor.<sup>46</sup>

Nüchtern betrachtet ergibt sich im Überblick über die verschiedenen Berichte, dass die ersten Provokationen tatsächlich aus der Menge der Schaulustigen gekommen waren, unter denen, wie sich herausstellte, nicht wenige Mitglieder der Kommunistischen Jugend waren. Schon am Brandort und vor allem vor dem Rathaus reagierten die Schupobeamten dann aber völlig unangemessen, auch wenn der Bericht des Oberbürgermeisters über die Vorfälle, ähnlich wie die bürgerliche Presse, dabei nur von Notwehr sprach.<sup>47</sup> Die Darstellung der KPD, die Menge hätte sich bereits zerstreut und sei dann noch angegriffen worden, war wohl übertrieben. Auf die Hintergründe des Geschehens, den Spannungsaufbau über mehrere Wochen, ging nur die Arbeiterpresse ein.

Am folgenden Morgen, dem 12. Juni, trafen sich der Oberbürgermeister und Abgesandte der Gewerkschaften und der Betriebsräte, um die Lage zu beruhigen. Jockusch sicherte zu, die Schupo vorerst außer Dienst zu stellen. In einer Arbeiterversammlung drangen Forderungen nach einem Proteststreik nicht durch. Stattdessen wurde eine Abordnung der Betriebsräte auf den Weg zum Arnsberger Regierungspräsidenten geschickt.<sup>48</sup> Die in Wuppertal erscheinende KPD-Zeitung „Rote Tribüne“ forderte gar die Schaffung einer „Arbeiterwehr“.<sup>49</sup> Am Nachmittag desselben Tages fand eine planmäßige Stadtverordnetensitzung statt, auf der auch die Geschehnisse des Vorabends behandelt wurden. Einmütig verurteilten die Stadtverordneten von SPD und KPD die „Exzesse“ der Schutzpolizei, der sie – anders als die bürgerliche Presse – die Schuld an der Eskalation zuschrieben und deren Versetzung sie forderten.<sup>50</sup>

---

<sup>44</sup> VS vom 13.6.1923.

<sup>45</sup> LGA vom 12.6.1923; LZ vom 12. und 13.6.1923; Strodel: Chronik, S. 49.

<sup>46</sup> RT vom 13., 14. und 18.6.1923.

<sup>47</sup> StA Lüd A 2089, Bericht vom 12.6.1923.

<sup>48</sup> VS vom 13.6.1923.

<sup>49</sup> RT vom 14.6.1923.

<sup>50</sup> VS vom 14.6.1923; LGA vom 13.6.1923; Strodel: Chronik, S. 50.

In den Mittelpunkt des Geschehens geriet nun unversehens der für Polizeiangelegenheiten zuständige Bürgermeister. Er hatte am Vorabend vor dem Rathaus zu der versammelten Menge gesprochen, den vorläufigen Rückzug der Schutzpolizei veranlasst und zugelassen, dass das Gebäude nach verbliebenen Beamten durchsucht wurde. In der Stadtverordnetensitzung pflichtete er den Stadtverordneten der Arbeiterparteien bei. Am gleichen Tage gab er, offenbar auf Drängen Jockuschs, der ihm misstraute, das Polizeidezernat ab.<sup>51</sup> Es war offenkundig, dass Gudewill die Vorfälle nicht unparteiisch betrachtete, auf jeden Fall aber anders als der Oberbürgermeister, was an sich nicht illegitim war. Es ist aber zu bedenken, dass Gudewill bereits im Vorfeld Sympathie für die KPD gezeigt hatte.



Abb. 8: Das Wohn- und Fabrikhaus Dicke Anfang der 1920er Jahre an der vorderen Knapper Straße (heute Rathausplatz). Rechts im Bild ein Schutzpolizist mit dem damals üblichen Tschako (Helm). Am linken Bildrand ist im Hintergrund das damalige Hotel „Zur Post“ zu sehen. Hundert Meter weiter befand sich an der Ecke Friedrichstraße 1923 das Hauptquartier der ausgewiesenen Schupo.

Am Abend desselben Tages, des 12. Juni, kam es zu weiteren Zwischenfällen. Vor dem Dienstgebäude der Schutzpolizei versammelte sich eine Menschenmenge und machte sich lautstark mit Pfeifen und Johlen bemerkbar, bis die Beamten die Straße vor dem Haus unter Einsatz ähnlicher Mittel wie am Vortag „räumten“.<sup>52</sup> Noch alarmierender sah die Lage am darauffol-

<sup>51</sup> Einzelheiten zu Gudewills Verhalten werden wiedergegeben in VS und LGA vom 16.6.1923. – Das Remscheider KPD-Organ, die „Bergische Volksstimme“, gab am 21.6.1923 eine Erklärung Gudewills wieder, der die Schupo als „völlig von fascistischen Elementen durchsetzt“ bezeichnete (Ausschnitt in StA Lüd A 2089).

<sup>52</sup> LGA und LZ vom 13.6.1923; VS vom 14.6.1923.

genden Mittwoch aus, als sich erneut „radaulustige Elemente“, wie jetzt auch die „Volksstimme“ schrieb, herausfordernd vor dem Schupoquartier versammelten. Es handelte sich dabei um das ehemalige Finanzamt an der Knapper Straße, Ecke Friedrichstraße. Als aus der Menge Schüsse abgegeben wurden, schoss die Polizei mehrmals zurück, über die Köpfe der Beteiligten hinweg. Dem Bericht der „Roten Tribüne“ zufolge soll das Gebäude einer „Festung“ geglichen haben und zum Schutz vor „kommunistischen Hundertschaften aus Gevelsberg“ sogar ein Maschinengewehr aufgestellt worden sein. Im Laufe des Abends wurden fünf Mitglieder der Kommunistischen Jugend festgenommen.<sup>53</sup> Nachdem die „Volksstimme“, also die in Hagen erscheinende SPD-Zeitung der Region, die Gewerkschaften und die Stadtverwaltung dazu aufgerufen hatten, solchen Menschenansammlungen fernzubleiben, kehrte am Tag danach wieder Ruhe ein.

Am 15. Juni befassten sich die Stadtverordneten erneut mit den Vorfällen. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzung bemühten sich die SPD-Vertreter, die hier gewissermaßen zwischen den Fronten standen, um ein objektives Urteil. Einer ihrer Stadtverordneten, Gustav Raulf, räumte ein, es sei zum „Sport“ geworden, Schupobeamte zu „ärgern“. Paul Winter (KPD) dagegen sprach von einer „Pogromstimmung“, die von der bürgerlichen Presse geschürt worden sei. Bürgermeister Gudewill beklagte sich heftig über die Berichterstattung des „Lüdenscheider General-Anzeigers“, und auf Antrag der SPD-Fraktion wurde mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, dem Blatt bis auf weiteres die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen zu versagen.<sup>54</sup> Dieser „Maulkorberlass“, wie der „General-Anzeiger“ selbst es nannte, sorgte bei DVP, DDP und Zentrum für große Empörung. Es hätte dennoch mit der Beruhigung der Lage sein Bewenden haben können, auch wenn man in Rechnung stellt, dass der Regierungspräsident es einige Tage später ablehnte, die Schupo abziehen zu lassen.<sup>55</sup> Es kam zu keinen weiteren Krawallen.

Dafür trat nun eine ganz unerwartete Wendung ein. Gudewill, der zweite Bürgermeister, geriet Ende Juni durch Gerüchte ins Zwielicht. Von unerlaubten Geschäften war die Rede, an denen er sich bereichere. Die „Volksstimme“ schrieb in einem Artikel am 4. Juli: „Charakterfestigkeit, Wahrheitsliebe und Unparteilichkeit soll den sozialistischen Staats- und Gemeindebeamten auszeichnen. Wer darüber nicht verfügt, der hat kein Recht, sich als Sozialist zu bekennen. Wenn Dr. Gudewill geht, so soll sein Fortgang von uns nicht bedauert werden. Er ist der Sohn eines Rittergutsbesitzers und nicht unvernünftig, er steht mit seinen Anschauungen, mit seinen Empfindungen und aufgrund seiner Herkunft der besitzenden Klasse näher als dem Proletariat.“<sup>56</sup> Am 10. Juli reichte Gudewill sein Gesuch auf Entlassung zum 31. August und Beurlaubung für den Rest seiner Dienstzeit ein.

---

<sup>53</sup> RT vom 18.6.1923; VS vom 15.6.1923; Strodel: Chronik, S. 50 f. – Die KPD verwahrte sich ausdrücklich gegen den Vorwurf, für die Tumulte verantwortlich gewesen zu sein (RT vom 20.6.1923).

<sup>54</sup> LGA vom 16.6.1923; VS vom 18.6.1923.

<sup>55</sup> LGA 25.6.1923.

<sup>56</sup> VS vom 4.7.1923; die SPD-Fraktion veröffentlichte kurz darauf die Erklärung, dass noch nichts bewiesen sei (VS vom 9.7.1923). – Der „General-Anzeiger“ berichtete am 5. Juli erstmals über die Gerüchte, die „Lüdenscheider Zeitung“ mit einigen Details aber schon am 2. Juli. Sie hatte sie aus der „Volkszeitung für Rheinland und Westfalen“ übernommen, die seit kurzem in Gummersbach erschien und von der Lüdenscheider DDP als Parteiorgan verwandt wurde (VS vom 3.7.1923).

Was hatte es mit dieser Affäre auf sich? Jockusch richtete einige Wochen später einen ausführlichen Bericht an das preußische Innenministerium, der die wesentlichen Punkte wiedergibt.<sup>57</sup> Gudewill entpuppte sich als ein Inflationsgewinnler. Tatsache war, dass seine Frau ein Geschäft in Hannover betrieb, für das er, durch sein Amt begünstigt, hohe Kredite in Lüdenscheid aufnahm. Er verschwieg, dass er sich vor seinem Amtsantritt bei seiner früheren Dienststelle in Spremberg, wo er bereits wegen seiner sozialistischen Anschauungen ins Gerede gekommen war,<sup>58</sup> nur hatte beurlauben lassen. Auch in politischer Hinsicht war er anscheinend ausschließlich auf seine eigenen Vorteile bedacht. Der SPD gehörte er seit dem Sommer 1922 an, in Lüdenscheid aber tendierte er zur KPD, die ihm ihr Vertrauen aussprach. In den Reihen der Sozialdemokratie erwog man, ein Parteiausschlussverfahren anzustrengen.

Für den Oberbürgermeister war Gudewill ein „begabter, außerordentlich gewandter, gerissener, unzuverlässiger und haltloser Mensch.“ Er versuchte später erfolglos, in anderen staatlichen Stellen, unterzukommen. So wurde er nur wenige Monate nach dem Debakel zum zweiten Bürgermeister der Stadt Hindenburg in Oberschlesien gewählt, aber vom preußischen Innenministerium mit der Begründung abgelehnt, dass er „für eine Verwendung in der allgemeinen oder inneren Staatsverwaltung nicht in Frage komme“.<sup>59</sup>

Für die Lüdenscheider Sozialdemokratie kam der schnelle Fall Gudewills einer Katastrophe gleich. Wie war es möglich gewesen, in einer so wichtigen Angelegenheit derart getäuscht zu werden? Keine Frage: An dem Auswahlverfahren war nicht nur die örtliche SPD beteiligt gewesen. Sie hätte aber zumindest die politische Zuverlässigkeit ihres Kandidaten zweifelsfrei feststellen müssen und nicht nur auf seine juristische Promotion und seine kurze Parteizugehörigkeit schauen dürfen. Die freiwerdende Stelle blieb zunächst vakant, aber es dachte auch vorerst niemand daran, darauf hinzuweisen. Gudewills Rücktritt wurde stillschweigend hingenommen. Gleiches galt auch für die KPD, die nicht weniger getäuscht worden war und dem zweiten Bürgermeister noch Anfang Juli eine „arbeiterfreundliche Einstellung“ bescheinigt hatte.<sup>60</sup>

#### 4. Wetterleuchten links und rechts

Die politische Farce trat rasch wieder in den Hintergrund. Die Zeit der galoppierenden Inflation und einer zunehmenden Verelendung der Bevölkerung war nicht dazu angetan, sich lange damit aufzuhalten, und die innenpolitische Entwicklung in Deutschland ließ ohnehin kaum noch jemanden an kommunalpolitische Fragen denken. Deutschland bot ein höchst verworrenes Bild.

---

<sup>57</sup> StA Lüd, LS Stadt A-237; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (im Folgenden: GStA), I. HA Rep. 77 Tit. 3409 Nr.2, Bl. 116 ff.

<sup>58</sup> Ebd., Bl. 111 f.

<sup>59</sup> Ebd., Bl. 110.

<sup>60</sup> RT vom 4. und 11.7.1923. – In einem Bericht der früheren Dienststelle Gudewills, der Stadt Spremberg, hieß es im Juli 1923: „Für die Möglichkeit von Unruhen in der Industriearbeiterschaft stellt der 2. Bürgermeister Dr. Gudewill bei seinen radikalen Neigungen eine ernstliche Gefahr dar.“ (GStA, I. HA Rep. 77 Tit. 3409 Nr.2, Bl. 112). Von gleicher Stelle aus wurde über Gudewill vier Monate später – diesmal in Gestalt eines Zeugnisses – unter anderem mitgeteilt: „Bei seinem stark ausgeprägten Mitgefühl mit den Nöten der werktätigen Bevölkerung haben ihm die hier besonders großen Ernährungsschwierigkeiten, insbesondere auch die ganz ungenügende Milchversorgung der kleinen Kinder der Arbeiterbevölkerung sehr am Herzen gelegen.“ (ebd., Bl. 113)

Zweifellos verschärfte die sich von Tag zu Tag verschlimmernde Lage den Unmut in der Bevölkerung. Während die Kommunisten sich aber bereits als führende Kraft in Lüdenscheid wählten, stießen gleichzeitig die Versammlungen der SPD auf große Resonanz. Zwei Themen standen dabei im Mittelpunkt: die Gefahr des Faschismus und des rheinischen Separatismus sowie die Frage des Regierungsbündnisses mit den bürgerlichen Parteien.

Die Befürchtungen über ein Anwachsen rechtsradikaler Strömungen waren nicht aus der Luft gegriffen.<sup>61</sup> Seit 1922 existierte in Lüdenscheid der „Stahlhelm“, eine Organisation national und monarchistisch eingestellter ehemaliger Frontsoldaten, die sich eines beachtlichen Zulaufes erfreute. Und es ist kein Zufall, dass die parteioffizielle Gründung der Lüdenscheider NSDAP-Ortsgruppe gerade in diese Krisenzeit fällt. Ein überliefertes Dokument der „Deutschvölkischen Lesergemeinde“ vermerkt den 5. Februar als Datum der ersten nationalsozialistischen Versammlung in Lüdenscheid. Seit Jahresbeginn hatte Eberhard Assmann als erster Lüdenscheider den „Völkischen Beobachter“ abonniert, kurz darauf folgten einige andere Bestellungen. Sein Gesinnungsfreund Erich Schulte, der sich zu dieser Zeit als Student der Rechtswissenschaften in München befand, trat dort nach eigenem Bekunden am 15. Juli der NSDAP bei, nachdem er einigen Veranstaltungen am Rande des 13. Deutschen Turnfestes beigewohnt hatte, welches die Nationalsozialisten für ihre Zwecke propagandistisch ausschlachten wollten, dabei aber erstmals in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei geraten waren.<sup>62</sup> Zwei Wochen später kehrte Schulte nach Lüdenscheid zurück und lud noch am gleichen Abend, dem 2. August 1923, eine Runde Gleichgesinnter in ein Lokal an der Friedrichstraße ein, um von seinen Münchner Erlebnissen zu berichten. Das Ergebnis des Abends war der Beitritt seines Freundes Richard Dahlhaus zur NSDAP-Ortsgruppe München sowie der Entschluss, „in Lüdenscheid einen Stützpunkt der Partei zu bilden“.<sup>63</sup> Zehn Jahre später machte daraus die örtliche NSDAP im Rahmen ihrer Festschrift, die zeitlich ja gut in den Sommer 1933 hineinpasste, den Tag der Gründung ihrer Ortsgruppe.

Auf Reichsebene war indessen das Kabinett Cuno immer stärker unter Beschuss von allen Seiten geraten. Die SPD kündigte ihre Zusammenarbeit mit ihm Mitte August auf und ging zusammen mit DVP, DDP und dem Zentrum eine Große Koalition mit Gustav Stresemann als Reichskanzler ein, die es sich zur Aufgabe machte, den passiven Widerstand im Ruhrgebiet zu beenden und die Inflation zu stoppen. Die materiellen Möglichkeiten waren erschöpft, die politische Stimmung allerorten explosiv geworden. Die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen und Thüringen, die nationalsozialistischen Propagandaaufträge in Bayern und die drohende Abspaltung des Rheinlandes sorgten für kaum übersehbaren

---

<sup>61</sup> Ausführlich zum Folgenden Dietmar Simon: Stahlhelm, Braunhemd, Hakenkreuz. Vom völkischen Radikalismus zur nationalsozialistischen Diktatur in Lüdenscheid, in: Michaela Häffner/Eckhard Trox (Hrsg.): Lockung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung, Lüdenscheid 1999, S. 27–51

<sup>62</sup> Werner Maser: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1981, S. 414 ff. – Von seinem Studium, das durch ein städtisches Stipendium begünstigt wurde (vgl. VS vom 29.7.1932), erwähnt Schulte in seinem Bericht nichts. Stattdessen wird von einer reinen Informationsreise geschrieben.

<sup>63</sup> National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Lüdenscheid (Hrsg.), 10 Jahres-Feier 1923–1933 am 21. und 22. Oktober 1933, Lüdenscheid 1933, S. 6. – Die Unterschrift zur dortigen Abbildung auf S. 9 zeigt Schulte und Dahlhaus mit den niedrigsten Mitgliedsnummern unter den abgebildeten „alten Kämpfern“. Sie folgten direkt aufeinander.

**Liga zum Schutze der deutschen Kultur**  
Bezirksgruppe Westfalen.

Unser seit 3. Oktober bereits in der Ausstellung gezeigter Film

# Ruhrschande

wird infolge der großen Nachfrage unzähliger Besucher ausnahmsweise  
**heute, Mittwoch, 10. Oktbr. und**  
**morgen, Donnerstag, 11. Oktbr.**  
nachmittags 5½ Uhr und abends 8 Uhr im  
**Metropoltheater**

vorgeführt. Ein authent. Zeuge vielfacher Vorkommnisse im Ruhrgebiet,  
**Herr Julius von Bastineller**  
der selbst Monate lang im Brennpunkte des Abwehrkampfes an der  
Ruhr gestanden, wird, wie bei der Uraufführung des Films in Berlin,  
täglich bei beiden Vorführungen durch besonderen

## Vortrag über

### Rhein, Ruhr, Vaterland

dem Film erläutern und seine mannigfachen Erlebnisse erzählen.

**Eintrittspreise:** Loge 80, Sperrsitz 60, I. Platz 40,  
II. Platz 40 Millionen Papiermark.

**Deutsche Frauen, Männer und Jugend**  
kommt geschlossen zu diesen Sonder-Vorführungen.

Abb. 9: Annonce zur Aufführung des Films „Ruhrschande“ im Oktober 1923 in Lüdenscheid (LZ vom 10.10.1923). Der Film zeigte Szenen aus der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und war der Presse zufolge eine Zeitlang „Tagesgespräch“, als er erst im Evangelischen Vereinshaus und dann im „Metropol-Theater“ gezeigt wurde. Die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“, die als Veranstalterin fungierte, war aus der von dem Publizisten Eduard Stadtler gegründeten „Antibolschewistischen Liga“ hervorgegangen und galt als rechtsextreme Organisation. In einzelnen Lüdenscheider Firmen wurden damals Abzeichen solcher Vereinigungen hergestellt.

Zündstoff. Am 26. September wurde die Aufhebung des passiven Widerstandes an der Ruhr verkündet und gleichzeitig durch Reichspräsident Friedrich Ebert der Belagerungszustand über Deutschland verhängt. Der sozialdemokratische Finanzminister Rudolf Hilferding drang mit seinen Vorstellungen zur Beendigung der Inflation nicht durch, und die von der Industrie verlangte Verlängerung der allgemeinen Arbeitszeit blieb umstritten. Am 3. Oktober trat das erste Kabinett Stresemanns zurück, der drei Tage später eine neue Regierung, diesmal ohne Hilferding, vorstellte. Am 13. Oktober erhielt die Regierung durch ein Ermächtigungsgesetz weitgehende Handlungsfreiheit.<sup>64</sup>

Die KPD ging derweil ebenfalls auf Konfrontationskurs zu den Sozialdemokraten. Eine Parteiversammlung am 5. Oktober übte heftige Kritik am „Stresemann-Regime“.<sup>65</sup> Bei dieser Rhetorik erinnerte sich mancher wohl an die „Schüsse auf Stresemann“, die zwei Jahre zuvor, im September 1921, die Stadt in Aufregung versetzt hatten. Der spätere Reichskanzler und Außenminister war damals Gastredner auf einem Bezirksparteitag der DVP gewesen, der in der Lüdenscheider Schützenhalle stattfand. Durch die Fensterscheiben feuerte ein Mann, der sich als Mitglied der KPD erwies, zwei Pistolenschüsse ab. Bei diesem Zwischenfall kam niemand zu Schaden.<sup>66</sup> Zwei Jahre später sahen die Kommunisten nun eine Revolution vor Augen. In Lüdenscheid beschränkten sie sich aber darauf, die Vormacht in den Gewerkschaften zu erlangen.

Eine Betriebsräteversammlung der örtlichen Metallindustrie lehnte – im Gegensatz zur Ortsverwaltung des DMV – einen Vorschlag des Reichskommissars für das Tarifgebiet über eine Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung ab, weil er der Teuerung nicht gerecht werde.<sup>67</sup> Wenig später, am 14. Oktober, fand die vom ADGB-Ortsausschuss beantragte Vollversamm-

<sup>64</sup> Im Überblick hierzu Winkler: Von der Revolution, S.605–669.

<sup>65</sup> RT vom 6.10.1923.

<sup>66</sup> Dietmar Simon: Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1995, S. 274 f. – Die Polizeiverwaltung registrierte den vermeintlichen Attentäter im Jahre 1930 als Mitglied der NSDAP.

<sup>67</sup> VS vom 11./12.10.1923.

lung der Betriebsräte statt, die nach Angaben der „Volksstimme“ von zweihundert ausschließlich kommunistischen Vertretern beschickt wurde. Nach einem Referat von Hubert Hoffmann (Altena) fasste die Versammlung eine Reihe von Beschlüssen, so die Wahl eines Delegierten für den geplanten Betriebsrätekongress in Berlin und die Schaffung eines „Ortsausschusses der Betriebsräte“, „welchem sämtliche Macht der Betriebsräte zugesprochen werden“ sollte. Das war ein frontaler Angriff auf den Metallarbeiter-Verband. Der Kommentar in der „Volksstimme“ hierzu lautete: „Der einzige Zweck des kommunistischen Manövers am Sonntag war die Zersplitterung der Gewerkschaften, um dann, wenn die Schlagkraft der Gewerkschaften dahin ist, auf den Trümmern die kommunistische Fahne zu schwingen, bis diese, wie in Italien, Ungarn usw. von den faschistischen Banden hinweggefegt und die Arbeiterschaft in die jämmerlichste Knechtschaft geworfen wird.“<sup>68</sup>



Abb. 10: Die Lüdenschneider Metall-Werke Mitte der 1920er Jahre, hier eine Firmenansicht als Visitenkarte im Postkartenformat. Das Unternehmen war 1923 eines der größten in der Stadt („ca. 1300 Arbeiter“).

In der Zwischenzeit hatte sich wie in vielen anderen Industriestädten eine kommunistische Selbstschutzorganisation gegründet. Am 21. Oktober, einem Sonntag, hielt diese „Proletarische Hundertschaft“ trotz des bestehenden Verbots Übungen am nördlichen Stadtrand ab, nämlich am Hülscheider Baum, wo zahlreiche ihrer Mitglieder sogleich von der Schutzpolizei verhaftet wurden. Bis auf sechs Männer, die unverzüglich zur Provinzialverwaltung nach Münster gebracht wurden, ließ man alle bald wieder frei.<sup>69</sup>

<sup>68</sup> VS vom 16.10.1923.

<sup>69</sup> VS vom 22. und 24.10.1923; RT vom 25.10.1923; LGA vom 24.10.1923; Strodel: Chronik, S.52 (auch für das Folgende). – Die Verhafteten wurden Ende Dezember wieder freigelassen. Crummenerl und Schmidt hatten sich

Abgesehen davon, dass die Schupo erneut aufgrund rabiaten Vorgehens ins Kreuzfeuer geriet, war die Empörung in der Arbeiterschaft über deren Einschreiten groß, zumal man wusste, dass rechtsradikale Gruppen in der Umgebung zuvor unbehelligt militärische Übungen abgehalten hatten. Noch am Abend beschloss der neue Betriebsräteausschuss einen Proteststreik, um die Freilassung der Gefangenen zu erzwingen. Dies geschah über die Köpfe der Verbandsleitungen hinweg, vor allem des DMV, der den Streik, der am darauffolgenden Montag weitgehend befolgt wurde, abubrechen versuchte. Einige Kommunisten suchten am Montagnachmittag Robert Fischer, den Geschäftsführer des DMV, in seinem Büro auf und forderten ihn unter persönlichen Drohungen auf, sich für die Verhafteten einzusetzen. Dass dieser den Streik „sabotiere“, stand für die KPD ohnehin außer Frage. Der DMV trat umgehend in Verhandlungen mit den Arbeitgebern ein, um Maßregelungen gegen Beteiligte an dem wilden Streik zu verhindern, der am 23. Oktober bereits ohne das gewollte Ergebnis abgebrochen wurde.

Am 26. Oktober tagte der ADGB-Ortsausschuss, um die Lage zu diskutieren. Mit Zweidrittelmehrheit wurde der Antrag angenommen, die Beschlüsse der zwei Wochen zuvor stattgefundenen Betriebsräteversammlung nicht anzuerkennen und auf einer neuen Versammlung einen neuen Betriebsräteausschuss zu wählen. Die Ortsvorstände des ADGB und der drei Arbeiterparteien diskutierten kurz darauf die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens.<sup>70</sup>

Dieser Umschwung in der Entwicklung wirkt überraschend. Die KPD verzichtete entweder freiwillig darauf, ihre offensive Politik weiterzutreiben, oder – was wahrscheinlicher ist – sie hatte ihre Mittel überschätzt. Hierzu ist ein Blick auf den innenpolitischen Hintergrund dieser Tage zu werfen: Die Regierungen von Sachsen und Thüringen, von der SPD geführt und der KPD gestützt, standen kurz davor, auf Druck der Rechtsparteien durch den Reichspräsidenten aufgelöst zu werden; in Hamburg, wo Sozialdemokraten und Kommunisten vergeblich zu einer Einheitsfront zu kommen versuchten, entfesselte die KPD unter der Führung von Ernst Thälmann einen bewaffneten Aufstand, der niedergeschlagen wurde. Der „deutsche Oktober“, für den die KPD instruiert worden war, die proletarische Revolution in Deutschland, wurde für die Kommunisten zu einem Fiasko.<sup>71</sup> Dies alles muss berücksichtigt werden, um die Entwicklung auf der lokalen Ebene richtig einzuordnen. Es kommt hinzu, dass in Lüdenscheid eine mangelnde Unterstützung für die Ziele der KPD offenbar wurde, als der politische Proteststreik am 22./23. Oktober im Sande verlief, zur gleichen Zeit, als der kommunistische Aufstand in Hamburg losbrach.

Nun bekam die Idee der Einheitsfront der Arbeiterparteien neuen Auftrieb. In der Kommission, die an Richtlinien dafür arbeitete, sperrte sich die KPD aber gegen den Passus, „dass die Parteien den gegenseitigen Meinungsaustausch unter Wahrung der parteipolitischen Grundsätze in Gewerkschaften, Betrieben usw. in sachlicher, kameradschaftlicher Form führen sollen.“<sup>72</sup> Am 4. November einigte sich die zweite, diesmal auch von der SPD mitgetragene Vollversammlung der Betriebsräte auf die Bildung eines neuen Ausschusses, der aus je zwei

---

dafür in Münster und bei Jockusch eingesetzt (StA Lüden A 1992). Zum Zusammenhang auch Dietmar Simon: Deckname Dobler. Das Leben des Werner Kowalski (1901–1943), 2. Aufl., Münster 2009, S. 46 ff.

<sup>70</sup> VS vom 30. und 31.10.1923.

<sup>71</sup> Angress: Kampfzeit, S. 315–511; Ullrich: Deutschland 1923, S. 139–170.

<sup>72</sup> VS vom 2.11.1923.

Vertretern der Parteien, zwei „unpolitischen“ Betriebsräten und vier Mitgliedern des ADGB-Ortsausschusses zusammengesetzt sein sollte. Linnepe, der Wortführer der USPD, räumte ein, dass der wilde Streik ein Fehler gewesen sei, und war nun sogar für eine Hinzuziehung von christlichen und liberalen Gewerkschaftern. Crummenerl (SPD), der in diesem Punkt Skepsis äußerte, sprach sich vehement für ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterparteien aus.<sup>73</sup> Trotz dieser Annäherung im gewerkschaftlichen Bereich scheiterte zwei Wochen später das Vorhaben, der Zusammenarbeit der Parteien eine Grundlage zu geben, wie es heißt, aufgrund von Befürchtungen der Kommunisten und der Unabhängigen, ihre Agitationsmöglichkeiten sollten beschnitten werden.<sup>74</sup>

Dieser Versuch der Bildung einer sozialistischen Einheitsfront auf lokaler Ebene im Herbst 1923, der vordringlich von der SPD ausging, weist auf ein Problem hin, das in diesem Abschnitt der Forschung zur deutschen Arbeiterbewegung nicht geklärt ist: Wie war das grundsätzliche Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten zueinander, und zwar nicht nur auf der Ebene offizieller Verlautbarungen auf höchster Ebene, sondern an der Basis? Der lokale Befund legt die Vermutung nahe, dass dieses Verhältnis starken Schwankungen unterworfen war, je nach Art der politischen Verhältnisse. In der Regel überhäuften sich die beiden politischen Richtungen, zumindest im Medium ihrer Presse, mit bissigen Verleumdungen. Zu Zeiten schwerster Krisen näherten sie sich einander an und bestritten, dass die „Animositäten“ persönlicher Art seien.<sup>75</sup>



Abb. 11: Titelseite der „Lüdenscheider Zeitung“ nach dem gescheiterten Hitler-Putsch (10.11.1923).

Der Versuch eines gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterparteien fand statt, als in München der Hitler-Putsch fehlschlug.<sup>76</sup> Dies war ein unübersehbares Signal dafür, wie weit die Gefahr von rechts gediehen war. Von den Nationalsozialisten war in Lüdenscheid in diesen Tagen der Krise allerdings wenig zu bemerken. Allenfalls beklagte die sozialdemokratische Presse Ende Oktober erneut eine nächtliche Ruhestörung durch „besoffene Hakenkreuzler“.<sup>77</sup> Der misslungene Putsch in München am 9. November wurde wie ferner

Theaterdonner wahrgenommen, beherrschte allerdings einige Tage lang die Schlagzeilen. Der „Lüdenscheider General-Anzeiger“ bedauerte in seinen Kommentaren dazu die Teilnahme Ernst von Ludendorffs, der sich Sympathien verschert habe, „die ihn für bessere Zwecke vielleicht noch einmal zum Führer berufen hätten“. Der Drahtzieher des Putsches dagegen, hieß es, sei am Ende: „Hitler war ohne Zweifel ein geschickter Agitator, aber zum politischen Führer fehlte ihm jede Begabung.“ Bei alledem stand der Kommentator – es handelte sich um Otto

<sup>73</sup> VS vom 5.11.1923.

<sup>74</sup> VS vom 22.11.1923.

<sup>75</sup> So Crummenerl in seiner Erklärung auf der Betriebsräteversammlung am 4. November.

<sup>76</sup> Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022, S. 249–260; Wolfgang Niess: Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats, München 2023.

<sup>77</sup> VS vom 31.10.1923.

Scaar (1878–1926), den damaligen Chefredakteur des Blattes, einem Vorstandsmitglied der örtlichen DVP – dem Hitlerputsch nicht ohne ein gewisses Wohlwollen gegenüber, habe sich doch darin „das Sehnen des gequälten deutschen Volkes nach der Wiederkehr einer Zeit nationaler Größe und Einheit“ ausgedrückt.<sup>78</sup>



Abb. 12: Geldschein des Amtes Lüdenscheid vom November 1923. In der Umschrift heißt es: „Wenn Reichsbanknote, Notgeldschein, und was sonst Geldschein möchte sein, nur Anschein haben viel zu sein, sind sie der Zeitnot Widerschein. Die Zahl so groß, so trägt der Schein, scheinheil’ger Scheinwert scheint hinein! Ach, daß doch bald jedweder Schein wie Schnee zerränn’ im Sonnenschein. Wir alle sind des Scheines müde, erscheine doch – wie heißt’s im Liede? – Uns blühend bald die gold’ne Zeit – statt Scheinmanöver – Ehrlichkeit.“

## 5. Ein ungeheiltes Jahr

Der zu Beginn bereits angesprochene Streik in der Metallindustrie, der umfassendste, den es in Lüdenscheid bis dahin gegeben hatte, erschütterte nur drei Wochen später die Stadt, ohne dass hierbei solche politischen Verstrickungen im Spiel waren. Nach der Einführung der Goldwährung Mitte November wurden die meisten Löhne noch immer in Papiergeld ausgezahlt. Wegen Lohndifferenzen beschlossen die Betriebsräte der Lüdenscheider Metallindustrie am 27. November, ab dem folgenden Tag in den Ausstand zu treten. Die Belegschaften erschienen morgens in den Fabriken, weigerten sich aber zu arbeiten, woraufhin die Arbeitgeber zum Mittel der massenhaften Aussperrung griffen. Am 30. November befand sich fast die gesamte Arbeiterschaft im Streik. Nach Verhandlungen und einem Schiedsspruch des Reichskommissars wurde am gleichen Tag der tarifliche Stundenlohn auf 42 Goldpfennige festgelegt, bei dreißig Prozent Aufschlag im Falle der Auszahlung in Papiergeld. Der Arbeitgeberverein akzeptierte

<sup>78</sup> LGA vom 10. und 12.11.1923. – Die sozialdemokratische Presse quittierte diese Töne mit der Feststellung, Scaar segle inzwischen „völlig im deutschnationalen, rechtsradikalen Fahrwasser“ (VS vom 20.11.1923).

den Schiedsspruch, allerdings mit einer von ihm selbst vorgenommenen Staffellung. Die Metallarbeitergewerkschaften führten am 2. Dezember eine Urabstimmung darüber durch, die mit einer fast einmütigen Ablehnung endete. Daraufhin griff der Oberbürgermeister in die Verhandlungen ein, die mit dem Ergebnis einer leichten Verbesserung am 9. Dezember einer zweiten Urabstimmung vorgelegt wurden. Diesmal sprachen sich nur noch 64,5 Prozent dafür aus, den Streik weiterzuführen, womit aber die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit knapp verfehlt war. In der folgenden Woche wurde die Arbeit wieder aufgenommen.<sup>79</sup>

Der Metallarbeiter-Verband hatte Schwierigkeiten, den Kompromiss seinen Mitgliedern gegenüber als einen Erfolg darzustellen, zumal die Streikenden große Sympathien aus der Bevölkerung genossen hatten. Die katastrophale Versorgungslage, die in diesen Tagen ihren Höhepunkt erreichte, war die Ursache für die verbreitete Verbitterung der Arbeiter. Noch am 10. Dezember demonstrierten streikende Frauen und Mädchen in der Innenstadt gegen den Gewerkschaftsbeschluss; sie sahen sich dadurch offenbar besonders benachteiligt. Eine geplante Veranstaltung in der Schützenhalle zu dieser Frage wurde jedoch wegen des geltenden Ausnahmezustandes verboten. Am Tag darauf versuchten einige vor den Fabrikatoren, die Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit zu hindern.<sup>80</sup>

Abb. 13: Robert Fischer (1883–1945). 1906 bis 1911 hauptamtlicher Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Lüdenscheid, danach bis 1919 in Bremerhaven. Von da ab erneut in Lüdenscheid, Stadtverordneter bis 1925 (SPD) und Bevollmächtigter des DMV. Anschließend ging er in gleicher Funktion nach Elbing. Kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee kam er im Januar 1945 unter ungeklärten Umständen vermutlich in Königsberg um.



Der sozialdemokratische Flügel der Gewerkschaft appellierte auf einer Versammlung daran, den Widerstand gegen den Kompromiss aufzugeben. Vom Geschäftsführer Robert Fischer wurde von den Mitgliedern jedoch eine Stellungnahme verlangt. Er meinte, dass die KPD und die USPD den Streik zu einer politischen Aktion zu machen versuchten und dass seine Weiterführung aus wirtschaftlichen Gründen völlig ausgeschlossen sei. „Man hat das Ansehen der Gewerkschaftsführer systematisch untergraben durch eine schamlose Hetze und durch nichts zu überbietende Demagogie“, erklärte Fischer, der bereits vor der Versammlung seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, ebenso wie Siegmund Crummenerl, der ebenfalls beim DMV angestellt war. Schon Ende Oktober hatte Fischer angedeutet, dass ihm „die Lust an der Arbeit“ vergehe, da er ständigen Angriffen der Gewerkschaftsopposition ausgesetzt war.<sup>81</sup>

Eine Woche vor Ausbruch des Streiks war die KPD, ebenso wie die NSDAP und die deutschvölkischen Organisationen, in Deutschland verboten worden. Die SPD hatte bereits Anfang

<sup>79</sup> VS vom 3., 4., 5. und 10.12.1923; Strodel: Chronik, S. 52 f.

<sup>80</sup> VS vom 10., 11., 12. und 14.12.1923.

<sup>81</sup> StA Lüd A 1991, Bericht vom 24.12.1923; VS vom 29.10. und 17.12.1923. – Für Informationen über Robert Fischer danke ich seinem Enkel Wolfgang Fischer (Townsville / Australien).

November die Koalition im Kabinett Stresemann aufgekündigt, das wenig später nach einem Misstrauensvotum zurücktrat und einer bürgerlichen Regierung unter Wilhelm Marx aus DDP, DVP, Zentrum und Bayerischer Volkspartei Platz machte. Beide großen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung waren erneut in die Defensive gedrängt.

Als das Jahr 1923 zu Ende ging, war die Hyperinflation überwunden. Schon Mitte Dezember trat eine sichtliche Verbesserung der Versorgungslage ein, so dass ein Abbau der politischen Spannungen erleichtert wurde. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die sich in Lüdenscheid seit den Sommermonaten aufgestaut hatte, stieg endlich nicht mehr weiter an. Die Bilanz dieses Jahres für die politische Arbeiterbewegung war in der Stadt jedoch äußerst negativ, wobei sich allenfalls die KPD einen gestiegenen Einfluss zugutehalten konnte, ohne aber Wesentliches erreicht zu haben.

Das Kräfteverhältnis zwischen SPD und KPD war zu diesem Zeitpunkt ungeklärt, ebenso aber das Verhältnis zu den übrigen Parteien am Ort. Sichtbar wurden lediglich tiefgreifende Unterschiede in der „sozialpsychischen Einstellung zur Weimarer Republik“ und der Rückzug vieler Arbeiter in ein linkes politisches „Ghetto“.<sup>82</sup> Die bislang schwerste Krise der Weimarer Republik war überwunden, mit dem Rückschlag der Putschversuche „die Nachkriegszeit zum Abschluss“ gekommen.<sup>83</sup> Doch auch wenn sich die Lage in Lüdenscheid nun gleichfalls zu entspannen begann, hatte, so scheint es, hier gleichzeitig ein Prozess eingesetzt, dessen Abschluss noch nicht absehbar war: eine neue Phase der Politisierung innerhalb der Bevölkerung.

Scheinbar versöhnlich stimmen konnte einen da ein Ereignis in den letzten Stunden des Jahres 1923. In der Erlöserkirche, mitten in der Stadt, feierten die Jungsozialisten, also die Jugendorganisation einer an sich areligiösen Partei, zusammen mit dem Berliner Pfarrer August Bleier eine „sozialistische Silvesterfeier“. Man blieb zwar unter sich, aber das Ereignis wirkt im Nachhinein doch als ein Versuch, ideologische Gräben am Ende dieses Katastrophenjahres zu überbrücken, ganz ähnlich, wie es die Gruppe um den Lüdenscheider Pfarrer Hans Störmer tat.<sup>84</sup>

Aber: Dieses Ereignis blieb unwiederholt. Als Summe des Jahres 1923 blieb stattdessen das Gegenteil, ein schlimmes Erbe auch für die nachfolgenden Jahre in der Stadt Lüdenscheid. Die Bevölkerung war von einer heute ungeahnten politischen Mobilisierung ergriffen worden, allerdings so, wie man es sich gerade nicht wünschen kann. Inflation, Ruhrbesetzung und Putschversuche hatten den Eindruck hinterlassen, der Staat sei an allen Flanken verwundbar, und die Menschen reagierten darauf, indem sie sich massenhaft radikalisierten, auch wenn dies für die nächsten Jahre, die scheinbar „normalen“ Jahre der Weimarer Republik, in trügerischer Weise kaum erkennbar war.<sup>85</sup>

---

<sup>82</sup> Detlev Peukert: Die Weimarer Republik 1918–1933. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987, S. 87.

<sup>83</sup> Winkler: Von der Revolution, S. 730.

<sup>84</sup> Davon berichtete dem Autor der später in vielen Funktionen tätig gewesene August Schlingmann (1901–1993). – Vgl. dazu Günter Brakelmann: Geschichte der Heimvolkshochschule Wislade in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte, 98, Bielefeld 2003, S. 217–290.

<sup>85</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt Longeric: Außer Kontrolle, S. 261–273.

Abbildungsnachweis:

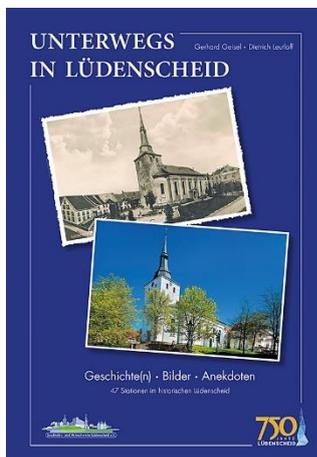
S. 3: [www.buecher.de](http://www.buecher.de); S. 4: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2020-1.html>, <https://archive.org/details/-die20erjahremode0000munc>, [https://en.wikipedia.org/wiki/File:Babyon\\_Berlin.png](https://en.wikipedia.org/wiki/File:Babyon_Berlin.png); S. 5, 13, 16, 24, 35, 42, 45: <https://zeitpunkt.nrw>; S. 6: <https://ansichtskarten-lexikon.de/ak-271971.html>; S. 8, 27, 43, S. 46: Kreisarchiv des Märkischen Kreises (F 4973, Geldschein 043, P0602, Geldschein 022); S. 9, 18, 36: Dietmar Simon; S. 11: Stadtmuseum Lüdenscheid, Slg. Schumacher; S. 14: Stadtarchiv Hagen; S. 19: Stadtarchiv Lüdenscheid, BdS-4495/Fotograf unbek.; S. 21: Stadtarchiv Lüdenscheid, Slg. Schumacher – Album 34/ Fotograf unbek.; S. 22 und 23: Stadtarchiv Lüdenscheid, Zeitungsbestand Lüdenscheider General-Anzeiger; S. 29, 34, 38: Stadtarchiv Lüdenscheid, BdS-62/Fotograf Huth; S. 30, 32: Stadtarchiv Lüdenscheid, LS Stadt A-237; S. 47: Wolfgang Fischer.

Trotz sorgfältiger Recherche ist es nicht immer gelungen, nach langen Jahren die Rechteinhaber der Fotos ausfindig zu machen. Falls Sie Kenntnis über die Fotografen haben, setzen Sie sich bitte mit dem Herausgeber in Verbindung.

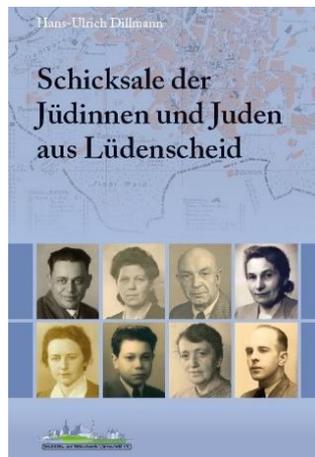
### Impressum

Herausgeber: Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.  
Rathausplatz 2, 58507 Lüdenscheid, Telefon 02351 / 17-1599  
Mail: [post@ghv-luedenscheid.de](mailto:post@ghv-luedenscheid.de)  
[www.ghv-luedenscheid.de](http://www.ghv-luedenscheid.de)  
Schriftleitung: Dr. Dietmar Simon  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.

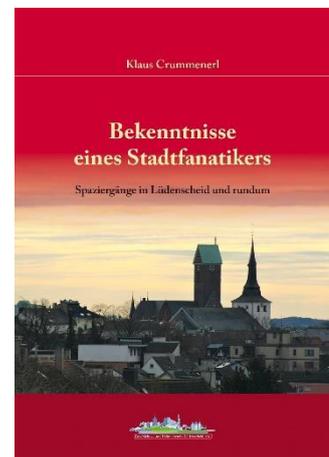
### Aktuelle Buchpublikationen des GHV:



*Gerhard Geisel /  
Dietrich Leutloff:*  
Unterwegs in  
Lüdenscheid  
Geschichten(n), Bilder,  
Anekdoten, 2017, 320 S.,  
Festeinband, 19.80 €



*Hans-Ulrich Dillmann:*  
Schicksale der Jüdinnen  
und Juden aus  
Lüdenscheid, 2021, 380  
S., Festeinband, 19.80 €



*Klaus Crummenerl:*  
Bekenntnisse eines  
Stadtfanatikers –  
Spaziergänge in  
Lüdenscheid und  
rundum, 2022, 420 S.,  
Festeinband, 29.80 €

Erhältlich über den Buchhandel oder über [www.ghv-luedenscheid.de](http://www.ghv-luedenscheid.de).